

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 290.

Donnerstag, den 12. Dezember 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zum Bahnhofsbau.

△ Allem Anscheine nach ist der Bau des „Elbe-Trave-Kanals“ wieder einmal in weite Ferne gerückt. Das lebhafteste Interesse, welches sich bei Gelegenheit der feierlichen Grundsteinlegung so überaus reichlich bekundete, die überschweblichen Hoffnungen, welche sich an die endliche Inangriffnahme der Kanalbauten knüpften, haben einer stillen Resignation Platz gemacht. Das Interesse beginnt abzustumpfen; man wendet seine Aufmerksamkeit auf andere, näherliegende Dinge. Da ist es nun die Bahnhofsfraße, welche allmählich anfängt, die öffentliche Meinung zu beschäftigen und das mit vollem Recht; denn unzweifelhaft sind unsere Bahnhofsanlagen den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr entsprechend. Der sich stetig steigende Personen-Verkehr erfordert gebieterisch die weitgehendsten Vorkehrungen zum Schutze für Leben und Gesundheit der im Eisenbahndienst beschäftigten Beamten und Arbeiter nicht minder als für die Sicherheit des reisenden Publikums.

Ueber die Unzulänglichkeit der Bahnhofsanlagen und das Bedürfnis nach einem, den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden Umbau des Bahnhofes war man sich schon in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vollständig einig. Weshalb aber jetzt nach Verkauf von mehr als 10 Jahren nichts weiter in der Sache selbst geschehen ist, darüber giebt uns die Bürgerchaftsitzung vom 22. Juli v. Js. genügenden Aufschluß. Nach den Ausführungen des ständigen Senats-Kommissars, Senator Dr. Behn, in Beantwortung einer, die Bahnhofsfraße betreffenden Interpellation haben sich von Anfang an zwei entgegengesetzte Strömungen sehr energisch geltend gemacht. Die eine Richtung wollte den Bahnhof höher gelegt und die nach der Vorstadt St. Lorenz führende Hauptverkehrsstraße unter dem Bahndamm hindurch geführt wissen. Wohingegen die andere Richtung in der Belassung des Bahnhofes in seiner jetzigen Lage und einer Ueberführung der Straße über die Bahngleise hinweg, die richtige Lösung der brennenden Frage entdeckt haben wollte. Da dieser letzteren Ansicht auch die Eisenbahn-Direktion zuneigte, der Wasserbau-Direktor Neßder aber in seinem 1884 erstatteten Bericht über die Hafenanlagen die Höherlegung des Bahnhofes und die Ueberführung der Straße sehr warm befürwortet hatte, so sah sich der Senat veranlaßt, von zwei namhaften auswärtigen Eisenbahn-Technikern ein Gutachten über die beste Lösung der Frage einzuholen. Beide Fachmänner erklärten sich für die Belassung des Bahnhofes an seiner jetzigen Stelle und für die Ueberführung der Straße über die Bahngleise. Ein weiterer gewichtiger Faktor, das Reichseisenbahnamt, erklärte sich ebenfalls dem Hochstraßenprojekt zustimmend.

Obgleich sich nun sofort seitens der St. Lorenzbevölkerung eine Gegenagitation bemerkbar machte, glaubte man doch an maßgebender Stelle an der einmal eingenommenen Stellung zu dem Hochstraßenprojekt festhalten zu müssen und es wäre auch dabei wohl geblieben, ja der Bahnhofsbau wäre vielleicht eine längst vollendete Thatsache geworden, wenn nicht durch das nie vorher geahnte Anwachsen der St. Lorenzbevölkerung — 1871: 3500 Einwohner, 1880: 8000, 1890: 13000 und nach der Zählung im Juni 1895: 17832 — das Verhältnis der Vorstadt zur Stadt selbst eine viel größere Bedeutung erlangt hätte und auch der sehr erhebliche Verkehr aus dem angrenzenden Fürstenthum mit in Betracht gezogen werden müßte.

Diese Thatsachen genügten dem Senat, die Höherlegung des Bahnhofes in Erwägung zu ziehen und aufs Neue mit der Eisenbahndirektion zu verhandeln. Und da dieselbe nun ihrerseits erklärte, daß die Schwierigkeiten einer Verbindung des höher gelegten Bahnhofes mit den Hafengeleisen zu überwinden wären, wenn der Bahnhof von seiner jetzigen Lage weg auf die andere Seite der Straße — wohl nach dem Plage, wo das Zollgebäude steht — hinverlegt würde, so konnten auf dieser neu geschaffenen Grundlage die Pläne fertig gestellt werden. Das diesem Projekt zu Grunde liegende Prinzip ist zunächst, die mit einem ganz erheblichen Kostenaufwande für den Seeverkehr hergestellte Wallhalbinsel auch für diesen zu erhalten und nicht durch die Bahnhofsanlagen verkümmern zu lassen.

Endlich konnte sich die Bevölkerung der Hoffnung hingeben, daß der Bahnhofsbau in absehbarer Zeit vor sich gehen und noch in diesem Jahrhundert vollendet sein würde. Aber es sollte anders kommen, denn sobald einmal feststand, in welcher Weise der Umbau geschehen sollte, begannen mächtige Interessengruppen die Pläne zu durchkreuzen. Ein Projekt nach dem andern tauchte auf, das eine immer noch besser und vortheilhafter für das „wahre Wohl der theuren Vaterstadt“ als das andere. Unterzog man sich aber der Mühe und besichtigte die vorgeschlagenen Terrains, dann wurde man auch bald inne, was eigentlich hinter dem Projekt verborgen war. Entweder war es die Häuser speculation oder das heiße Verlangen, minderwerthigen Grund und Boden so vortheilhaft wie möglich zu verkaufen.

Die beabsichtigte Höherlegung des Bahnhofes und die dadurch bedingte theilweise Niederlegung der Wälle gab den verschiedenen Interessengruppen einen willkommenen Anlaß, sich als Vertheidiger der Wälle anzupreisen. „Die Wälle müssen der Stadt erhalten bleiben“ ist jetzt der Schlachtruf. Warum aber dieser selbe Schlachtruf nicht erschallt ist, als die Wälle der Wallhalbinsel, wie das freundliche Bellevue und der so schöne Fernsicht bietende Chimborasso fiel, darüber schweigt man sich aus. Die guten Leute, die heute das „Hohe Lied der Wälle“ singen, wissen wohl gar nicht oder scheinen keine Ahnung zu haben, wie gleichgültig der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung im Grunde genommen die Wälle sind. Man gehe doch nur an schönen Sonntagsnachmittagen einmal über die Wälle, und man wird staunen über den schwachen Besuch derselben. Diejenigen, die man dort antrifft, sieht man auch an Wochentagen. Es sind eben die, die nichts zu thun haben. Der Gewerbetreibende hat wenig Zeit zum Besuch der Wälle übrig und die Arbeiter — erst recht nicht. Es sind nun noch die Kinder mädchen ins Gefecht geführt. Ja, die Kinder mädchen mit ihren kleinen Pflegebefohlenen, die sind allerdings auf den Wällen anzutreffen. Aber um diese allein die Wälle zu erhalten und die Verkehrsinteressen schwer zu schädigen, scheint uns denn doch wenig stichhaltig zu sein.

Als Ersatz für die Wälle wird ja auch bereits das Israelsdorfer Gehölz in Stand gesetzt und überdies mit einer der Neuzeit entsprechenden Wirtschaftshalle versehen. Die Zuwegung vermittelt der elektrischen Straßenbahn ermöglicht es Jedem, der einen Nickel übrig hat, schnell dahin zu gelangen.

Wenn unsere Wälle im allgemeinen Verkehrsinteresse fallen müssen, dann müssen sie eben fallen, dagegen läßt sich nun einmal schlechterdings nichts einwenden. Das allgemeine Verkehrsinteresse muß bei den Erörterungen betreffs des Bahnhofsbauens am allermeisten berücksichtigt werden. Das allgemeine Interesse würde aber gänzlich hintenangelassen werden, wenn das Rethreichprojekt zur Ausführung käme. Der ganze Personenverkehr würde von der inneren Stadt ab nach den äußeren Grenzen derselben hingeleitet werden. Ob dies das „Wohl der Stadt“ fördern heißt, bezweifeln wir um so mehr, als nur eine verschwindende Minderheit einen greifbaren Nutzen von der Niederlegung des Bahnhofes nach den Rethreichwiesen haben würden.

Wir sind der Meinung, daß der Bahnhof dort verbleiben muß, wo er sich jetzt befindet, schon um deswillen, weil, wenn die Vorstadt St. Lorenz sich noch weiter wie bisher ausbaut, der Bahnhof im Zentrum von Stadt und Vorstädten schließlich zu liegen käme. Auch ist die Belassung des Bahnhofes auf seiner jetzigen Stelle geboten wegen der fernwärts kommenden Reisenden, für die ein möglichst schnelles Erreichen des Bahnhofes oftmals eine Nothwendigkeit ist.

Wir würden es sehr bedauern, wenn die Bürgerchaft auf den einmal eingenommenen Standpunkt in Bezug auf die Rethreichwiesen, beharren würde. Es würde ein Fehler sein, der für später sehr verhängnißvolle Folgen nach sich ziehen könnte.

Im Interesse der Allgemeinheit wollen wir hoffen, daß dem Rethreichprojekt dasselbe Schicksal wie der seeligen Staatslotterie bevorstehen möge.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende Initiativanträge eingebracht:

1) Abänderung des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich. Aufhebung der §§ 95 (Majestätsbeleidigung), 97, 99 und 101. 2) Ein Gesetz, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition. Dasselbe enthält fünf Paragraphen. 3) Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

I. die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht, und deren Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten ausgedehnt wird, die aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß aller im Gewerbe, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen entstehen;

II. die Theilnahme an den Wahlen und die Berufung zu Mitgliedern eines Gewerbegerichts auf die in den genannten Verufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;

III. die Verleihung des Wahlrechts und der Wahlbarkeit auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt wird.

4) Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß im Gewerbe-, Industrie-, Handel- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird. 5) Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sämtliche Landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern bezw. zu ihrer Dienstherrschaft aufgehoben werden und an deren Stelle die Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung treten.

6) Gesetz wegen Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten.

7) Gesetz wegen Einführung der Reichsgesetzes für die Presse in Elsaß-Lothringen. 8) Gesetz betreffend Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen. 9) Gesetz, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen. 10) Gesetz, betreffend die Abänderung des Artikels 31 des Gesetzes, betreffend die Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871. 11) Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Entwurf für ein Reichs-Berggesetz vorzulegen.

Ueber das Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Vereine in Berlin finden wir in bürgerlichen Blättern folgende neue Meldung: In der Strafsache gegen die sozialdemokratischen Vereine wegen Vergehens gegen das Vereins- und Versammlungsrecht hat die Beschlußkammer beim Berliner Landgericht I auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, gegen die betheiligten Vorstände Anklage zu erheben und die vom Polizeipräsidenten angeordnete vorläufige Schließung aufrecht zu erhalten.

Der grobe Unfug — das „Mädchen für Alles.“ Das Berliner Kammergericht, der höchste Gerichtshof Preußens, bleibt nur seinen Ueberlieferungen treu, wenn es sich die behnbahre Auslegung des Grobenunfugsparagrafen, die das Reichsgericht eingeführt hat, flugs zu Eigen gemacht hat. Der Strafsenat des Kammergerichts hat in der Revisionsinstanz am 24. Oktober 1895 das Ausbringen eines Hocks auf die revolutionäre Sozialdemokratie als „groben Unfug“ erklärt. In der Begründung heißt es: „Wenn die Revision rügt, daß grober Unfug schon deshalb nicht vorliege, weil das Publikum als solches, in seiner unbegrenzten Allgemeinheit nicht verletzt sei, so ist dies nicht zutreffend. Allerdings gehört zum Thatbestande des groben Unfugs, daß das Publikum als solches, im Gegensatz zu einzelnen Personen oder einem individuell begrenzten Personenkreise gefährdet oder ungebührlich belästigt wird. Nach der thatfächlichen Feststellung des Vorderrichters war aber jene Versammlung eine öffentliche (Versammlung der Arbeitslosen), zu der Jedermann Zutritt hatte. Da eine Störung der Rechte oder Interessen des Publikums auch in Handlungen gefunden werden kann, durch die zunächst und unmittelbar einzelne angegriffen werden, so hat der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum angenommen, daß in

einen Theil der Anwesenden in jener öffentlichen Versammlung ein Theil des Publikums und in diesem Theil das Publikum als solches belästigt worden ist. Die Revision vermischt ferner die Feststellung, daß der Angeklagte das Bewußtsein gehabt hat, das Publikum zu belästigen oder zu gefährden. Auch dieser Angriff ist unbegründet. Abgesehen davon, daß wie das Kammergericht angenommen hat, begrifflich grober Unfug auch durch fahrlässiges Verhalten begangen werden kann, so hat im vorliegenden Falle der Vorderrichter ausgeführt, daß der Angeklagte sich sagen mußte, daß in der Versammlung außer den Arbeitslosen auch andere zugegen sein würden, die weit entfernt sind, sozialdemokratischen Theorien zu huldigen und sicher nicht auf jede, auch brüskeste Verletzung ihrer politischen „Anschauungen und Wünsche gefaßt waren“. Dieser Satz ist nur dahin zu verstehen, daß der Angeklagte sich bewußt gewesen, daß diese „anderen“ durch das Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie in ihrem politischen Empfinden mindestens belästigt werden mußten. Daß endlich der grobe Unfug nicht notwendig in einer Störung der öffentlichen Ruhe besteht, vielmehr auch eine Verletzung der öffentlichen Ordnung genügt, die auch in anderer Weise, insbesondere durch ein gegen die Sitte verstoßendes oder Aergerniß hervorrufendes Verfahren erfolgen kann, hat in Uebereinstimmung mit dem früheren Obertribunal das Reichsgericht angenommen. Dieser Auffassung hat sich das Kammergericht angeschlossen und erblüht, wie auch das Reichsgericht neuerdings in dem Urtheil vom 14. Juni 1895 ausgeführt hat, den Thatbestand des groben Unfugs auch in anderen Handlungen, die sich als eine Ungebühr darstellen und das Publikum — wenn auch psychisch — beunruhigen und belästigen. Eine solche psychische Belästigung hat der Vorderrichter festgestellt. Hiernach läßt die tatsächliche Feststellung des Vorderrichters einen Rechtsirrtum nicht erkennen, und es war demnach, wie geschah, die Revision zurückzuweisen. Recht muß doch Recht bleiben! Thut aber nichts. Dürfen wir nicht mehr rufen „Es lebe die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie“, nun so rufen wir einfach „Es lebe die Sozialdemokratie!“ Der Erfolg dürfte für uns derselbe sein.

Deutschland und die Vereinigten Staaten. Wie aus Washington gemeldet wird, hat dort Senator Davis, Mitglied des Komitees für die auswärtigen Angelegenheiten, sich dahin geäußert, er glaube, daß keine besondere Gesetzgebung nötig sei, um den amerikanischen Produkten die ihnen zukommende Behandlung im Auslande zu sichern, da der Präsident das Recht habe, die deutschen Produkte von den Vereinigten Staaten auszuschließen. Wenn das geschehe, werde Deutschland bald bereit sein, Frieden zu schließen und die amerikanischen Produkte ohne Unterschied zuzulassen.

Einen wirtschaftlichen Krieg bis zu den äußersten Mitteln durchzuführen können jedenfalls die Vereinigten Staaten weit eher wagen als Deutschland. Und das sollten alle wohl bedenken, die beständig nach Prohibitionszöllen schreien.

Ueber den neuen Minister des Innern wird dem „Vorwärts“ von Jemand, der ihn in seiner geschäftlichen Thätigkeit kennen lernte, mitgeteilt, daß derselbe als Regierungspräsident im Verkehr sehr leutselig war und sich einer gewissen Popularität erfreute. Er ist links der Erde geboren und hat rheinische Luft geathmet. — Das sagt nicht, daß er ein liberaler Mann sei, aber er ist kein ostbaltischer Junker. Der neue Minister des Innern, Gustav Wilhelm Eberhard von der Rede von der Horst ist am 2. April 1847 als Sohn des am 26. Dezember 1869 verstorbenen Ministerialdirektors im Ministerium des Innern a. D. Freiherrn August Ludwig von der Rede von der Horst geboren und stammt aus Westfalen. Er war seit 1889 Präsident der Regierung zu Düsseldorf, auf welchen Posten er als Nachfolger des zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannten, jetzigen Ministers für Handel und Gewerbe, Freiherrn v. Berlepsch, berufen wurde, nachdem er schon vorher der kgl. Regierung in Königsherg als Präsident vorgestanden hatte. Vorher war Freiherr von der Rede als vortragender Rath im Ministerium des Innern thätig.

Behördliche Halbjahresberichte über die Sozialdemokratie. Unser Solinger Parteiorgan, die „Vergische Volksstimme“, war dieser Tage in der Lage, einen der vertraulichen Berichte zu veröffentlichen, durch welche halbjährlich die Polizeiverwaltungen an ihre Regierung Mittheilungen gelangen lassen über die Entwicklung und den Stand der sozialdemokratischen Bewegung. Daß auch anderwärts derartige Berichte von den Ortspolizeibehörden an die Kreisregierungen gesendet werden und zwar schon seit geraumer Zeit, dafür liefern mehrere im „Volksblatt für Halle“ mitgetheilte Schreiben den Beweis. Die Berichte stammen sämmtlich aus dem Jahre 1892. In dem ersten Bericht wird besonders von tiefgehenden Wandlungen in der Sozialdemokratie, von der Gründung eines „kommunistischen Klubs“, sowie über einen Bierbockot berichtet. Dann folgen zwei Berichte über Versammlungen des kommunistischen Klubs. Daran schließt sich ein Auszug aus dem Bericht der Polizeiverwaltung an den kgl. Regierungspräsidenten zu Merseburg, in welchem die Polizeiverwaltung bemerkt, daß sie jede sich darbietende Gelegenheit benutze, um gegen die Leute des kommunistischen Klubs genaue Personalakten anlegen, um sie einer beständigen unauffälligen Kontrolle zu unterwerfen.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Säge von der „Leipziger Volkszeitung“, welcher wegen Majestätsbeleidigung zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt war.

Die Kommission für die zweite Lesung des bürgerlichen Gesetzbuches ist Sonnabend in die zweite Beratung des Einführungsgesetzes eingetreten und hofft, ihre Arbeit so zu erledigen, daß das Ausführungsgesetz noch vor Weihnachten an den Bundesrath gelangen kann. Bei diesen Stande der Dinge hält man es der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge nicht für ausgeschlossen, daß die kaiserliche Ermächtigung zur Einbringung des bürgerlichen Gesetzbuches im Reichstag am 18. Januar, dem Gedenktag der Kaiserproklamation vollzogen werden könne.

Einer gesetzlichen Neuregelung soll die Stellung der Privatdozenten unterzogen werden. Es soll ihnen eine rechtlich mehr gesicherte Stellung geschaffen werden, die der der Professoren genähert werden soll.

Die Polizeistunde. Aus Magdeburg schreibt man: Eine am Freitag Abend abgehaltene Volksversammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Gen. Schmidt vor mehr denn 2000 Personen über das Thema: „Kann die Sozialdemokratie durch Polizeimaßregeln bekämpft werden?“ gesprochen hatte, fand ein jähes Ende, da kurz nach 11 Uhr der überwachende Polizeikommissar den Redner aufforderte, seine Ausführungen zu beenden, weil die Polizeistunde auf die Versammlung Anwendung finde. Dem Wirth war durch die Aufforderung vom Tage vorher aufgegeben, den Schankwirtschaftsbetrieb spätestens um 11 Uhr einzustellen, widrigenfalls auf Grund des § 365 des Strafgesetzbuches Bestrafung eintreten würde. Ein starkes Aufgebot von Schutzleuten hätte im Weigerungsfalle den Saal geräumt. Obwohl die Aufforderung den Anwesenden sehr überraschend kam, da zwei Tage vorher eine antisemitische Versammlung, in der es sehr lebhaft zugeht, bis tief in die Nacht hinein getagt hatte, so ging die Versammlung doch in Ruhe auseinander.

Das fiskalische Interesse an der Zuckersteuervorlage wagt die „Post“ in einer Polemik gegen die Versammlung der Rübenaauern in Posen zu leugnen. Demgegenüber stellt die „Zeff. Ztg.“ fest, erstens, daß der Ertrag aus der Erhöhung der Verbrauchsabgabe auch vermindert werden soll, um die Reichskasse von der bisherigen Ausgabe für Ausfuhrprämien zu entlasten. Diese Ausgabe beläuft sich nach dem neuen Etat auf 13 Mill. Mark. Zweitens soll die Erhöhung der Verbrauchsabgabe um ein Drittel auch fortbestehen, wenn der Bundesrath späterhin von der Vollmacht Gebrauch macht, die Ausfuhrprämien ganz zu beseitigen. Das Ende vom Liede würde alsdann sein, daß Graf Posadowsky jene Mehreinnahmen von 33 Millionen Mark, welche er bei der Tabakfabriksteuer vergeblich zu erlangen suchte, erhalten würde in Form einer höheren Belastung des Zuckers. Diese beiden fiskalischen Projekte sind allerdings nicht aus dem Antrag Bausche in den Regierungsentwurf übergegangen, sondern sind Originalspekulationen der Herren Finanzminister entsprungen.

Spanien.

Der Sozialismus in Spanien macht so große Fortschritte, schreibt der Madrider Korrespondent der „Zeff. Ztg.“ seinem Blatte, daß er in nicht ferner Zukunft eine ganz bedeutende politische Rolle spielen werde. Seit einigen Tagen erscheint auch ein neues sozialistisches Organ „La Republica Social“, das sehr gediegene Aufsätze bringt.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 10. Dezember.

Aus dem Reichstage. Der gestrige Tag brachte dem Reichstage die erste große Sitzung. Eugen Richter hielt eine lange Rede; auch der Reichskanzler nahm das Wort. Herr Richter ist ein ausgezeichnete Budgetkenner, deshalb ein guter Etatsredner. Soweit er sich sachlich an den Etat hielt und die Finanzverwaltung des Reichssekretärs bekämpfte, fehlte seiner Rede die Bedeutung und oft wurde er von Beifall, auch dem unserer Genossen, unterbrochen. Recht wirkungsvoll war auch der Theil der Rede, welcher sich gegen Herrn v. Kardorff, die Silbermänner und die Kaniker richtete. Der ägende Spott und der satirische Hohn waren hier sehr am Platze. Andererseits darf nicht unerwähnt bleiben, daß das, was der freisinnige Führer zum Septemberkurs zu sagen hatte, sehr zahm ausfiel und gänzlich eindrucklos verfiel. Den Freisinnigen ist eben auch das letzte Fünkchen demokratischen Feuers abhanden gekommen. Der Reichskanzler äußerte sich zunächst über den Sturz Böllers. Er nahm die Entlassung des grobkörnigen ostbaltischen Junkers sozusagen auf seine höchsteigene Klappe. Der Zwist scheint dennoch weit mehr persönlicher als prinzipieller Natur zu sein. Mit der Maßregelung unserer Parteiorganisation ist der Reichskanzler vollkommen einverstanden. Er will also den Septemberkurs weiter steuern. Die nahen Klippen, die ihn dabei erwarten, wird ihm Genosse Bebel zeigen, der Morgen als erster Redner zum Wort kommt. — Nach der Rede des Kanzlers war das Interesse erschöpft. Der langweilige national-liberale Professor Enneccerus predigte leeren Bänken und tauben Ohren. Herr von Bötticher kündigte schließlich noch eine Reform der Versicherungsgesetzgebung an. Für den Arbeiter wird auch dabei nicht allzuviel herauskommen.

4. Sitzung.

Präsident von Bohl eröffnet die Sitzung Nachmittags um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf von Posadowsky, Herr v. Marschall.

Der Abg. Braubach (.) hat sein Mandat niedergelegt. Zunächst gelangen zwei schnelle Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Abgg. Horn (SD.) und Brühne (SD.) debattelos zur Annahme.

Es folgt die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Debatte über den Etat.

Abg. Richter (ZPp.): Der Reichssekretär hat gestern den Versuch einer Entschuldigung gemacht, weshalb die Finanzen des Reiches so günstig geworden seien entgegen seinem Voranschlag. Er hat auch alle Ursache, diesen Versuch der Entschuldigung zu machen. Er hat an die älteren Mitglieder des Hauses appellirt. Ich muß sagen, ich habe hier noch keinen Schatzsekretär kennen gelernt, der mit seinen Voranschlägen unglücklicher operirt hätte. Wir hätten die Steuerzahler ganz unübrig belastet, hätten wir den Voranschlägen des Schatzsekretärs gewillfahrt. Der Schatzsekretär sagt freilich, er hätte das überflüssige Geld zum Ankaufen des Ankerpolds verwenden dürfen, auch hätte man die glänzende Konjunktur nicht sicher voranschlagen können. Aber auf Konjunkturen baut man keine neuen Steuern. Es ist ein Mist, daß wir den Automaten abgewendet haben. Vielleicht jeder einzelne Bundesstaat seinen Privatautomaten anschaffen. (Heiterkeit.) Bevor eine Veränderung der Finanzgesetzgebung erfolgt, müssen wir verlangen, daß endlich erst einmal das Gesetz über die Verwaltung der Reichseinnahmen und Ausgaben erlassen wird. Was den Etat im Einzelnen anbelangt, so hat Herr Abg. Frick schon mit Recht hervorgehoben, daß die Einnahmen aus den Zöllen viel zu niedrig veranschlagt sind. Unter den einmaligen Ausgaben sind dann vielfach keine für größere Ausgaben vorgesehen. Die „alten Pläne“ sind jetzt lebendig; es fehlt uns aber jede Uebersicht, wie hoch die folgenden Pläne z. B. für Maschinenbauten sein werden. Die Militärverwaltung bekommt viel mehr bewilligt, als sie in der Bewilligungszeit verwenden kann. Im Jahre 1891/92 hat sie 135 Millionen mehr bewilligt erhalten, als sie verbraucht hat. Von dem Ueberschuß geht sie noch und deshalb sind die Forderungen augenblicklich einmüthig beiderseits. (Hört, hört, lacht.) Dieser Reueberg ist sehr freigebig für die Militärverwaltung gewesen. Die Militärverwaltung war weniger entgegenkommend. Wir feiern nächsten das 25jährige Jubiläum des Bestehens des Reiches, das 25-jährige Jubiläum der Wiedereinführung der Militärstrafprozessordnung hätten wir schon früher feiern können. Wie steht es jetzt damit? Der Herr Kriegsminister sollte uns doch endlich einmal klar sehen lassen, er könnte uns doch wenigstens sein Programm entwickeln. Ebenso möchten wir in der Frage der vierten Bataillon klar sehen. Der Kriegsminister hat alle Verantwortung, die Frage einmal öffentlich klar zu stellen. Offentlich fällt die Verantwortung so aus, daß keine Mehrausgaben mit dem Standpunkt des Ministers verbunden sind. Die Pensionirungen müssen eingeschränkt werden. Bei der Marine ist es noch schlimmer, als bei der Armee. Wir haben 13 aktive Admirale, aber schon 37 pensionirte Admirale. Toller kann es doch nicht sein. (Große Heiterkeit.) Beim Marine-Etat sind starke Abstriche notwendig, das hat auch Abg. Frick zu meiner Freude anerkannt. Im Vorjahre war das Zentrum sehr freigebig in der Bewilligung von Schiffen. In Folge dieser Freigebigkeit sieht man dies Jahr nur noch mehr gefordert zu haben. (Heiterkeit.) Herr von Kardorff tröstet sich freilich damit, daß die Schiffe jetzt im Extraordinarium gefordert werden. In Bezug auf den Kostenpunkt ist doch das aber ganz gleich. Ich wende mich, wie dem Abg. Kardorff, dem Vorsitzenden der Budgetkommission, ein solcher Caput passiren kann. (Heiterkeit.) Die rapide Steigerung des Notendiskonts ist ebenfalls nur möglich durch die Freigebigkeit des Zentrums gewesen. Hoffentlich legt das Zentrum jetzt, wie Abgeordneter Frick sagte, das Seziermesser hier grübelnd an. Als Herr Frick von dem Hinterbringen der Gestalt sprach, wurde hier gelacht. Aber nicht über die Thätigkeit der Missionare, sondern man dachte hier an die Kulturbilder, die der Prozeß Welt entrollt hat und die der Prozeß Welt in noch schlimmerem Maße entrollen wird. Die vielen Händer bewirken es übrigens, daß viel mehr Eingeborene durch Lohndruck zur Hölle befördert werden, als die Missionare zu Christen befördern können. (Heiterkeit.) Die Zuckersteuervorlage wird eine Belastung von 50 Millionen bedeuten, 10 Pfg. für das Kilo. Das ist ja beinahe so viel, wie die letzte Militärvorlage. Wir haben uns geweigert, die Tabak- und Weinsteuer anzunehmen und jetzt sollen wir den Zucker in dieser Weise besteuern. Nimmermehr. Gerade jetzt ist die Zeit günstig, die Prämien aufzuheben. Man beruft sich zur Verteidigung einer solchen Liebhaberei auf den Brauntwein. Aber nicht den ostbaltischen Brauntwein, sondern den reichen Grundbesitzern in Anhalt, Braunschweig und der Provinz Sachsen wird die Prämie zu Gute kommen. Wir sollen fünfzig Millionen anwenden, um den Amerikanern den Zucker noch billiger liefern zu können als bisher, das hindert aber die Amerikaner gar nicht, ihren Zuckerkurs zu erhöhen. Es bleibt also nichts weiter übrig, als eine Verkürzung des Zukunftsums und eine Belastung der Reichskasse. Dem Abg. Frick müssen wir dankbar sein, daß er den Staatssekretär v. Marschall zu seiner gestrigen Erklärung veranlaßt hat. Ob freilich das Einfuhrverbot des amerikanischen Schweinefleisches berechtigt war, ist mehr als zweifelhaft. Das nationale Schwein hat in Bezug auf Trübnisse nichts voraus vor dem amerikanischen. Man kommt auf den Verdacht, daß hier agrarische Liebhabereien von Einfluß sind. Warum werden die Atteste über die Schädlichkeit des Fleisches nicht veröffentlicht? Gestatten Sie mir nun noch einige Bemerkungen über die Finanzfrage und den Etat hinaus. Ich meine, die Kommissions-Sitzungen müssen eingeschränkt werden. Jetzt liegt ja der Schwerpunkt der Reichstagsverhandlungen in den Kommissionen. Schon bei der Budgetkommission müssen Einschränkungen erfolgen. Wir müssen darauf dringen, daß endlich die Gesetzentwürfe über die Entschädigung unschuldig Verurthelter zur Verabreichung gelangen. Die jüngst gefällten Urtheile drängen dazu. Wer wegen seines unglücklichen Anfangsbuchstabens vor die Brauseweckerkammer kommt, der ist, wenn es sich um einen politischen Prozeß handelt, schon von vornherein verurtheilt, wenigstens wird er vom Vorsitzenden dieser Kammer schon als Verurthelter behandelt. In der letzten Zeit sind nahezu fast sehr künstliche Urtheile gefällt worden. Diese künstlichen Urtheile vertragen sich nicht mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes, sie schaffen in den Augen des Volkes nur Märtyrer. Wir müssen endlich auf Aufhebung des Zeugnißzwanges in Presssachen und auf die Aufhebung des ambulanten Gerichtsstandes in Presssachen dringen. Zu bekämpfen ist auch die Art, wie das bürgerliche Gesetzbuch das Vereinsrecht behandelt oder vielmehr nicht behandelt. Die Versammlungsfreiheit muß garantiert werden, auf ihr beruht das politische Leben, die Zusammensetzung des Reichstages und somit die Richtung der Gesetzgebung. Die Auflösung der sozialdemokratischen Organisation geht nicht nur der Sozialdemokratie an, sie berührt alle Parteien. Wir müssen eine freiheitliche Vereinigungsgesetzgebung fordern in ganz Deutschland bis hinab zu Mecklenburg-Strelitz. (Lebhafter Beifall.) Wir werden demnächst das 25jährige Jubiläum der deutschen Reichsgründung feiern. Vergleiche ich die Gegenwart mit der damaligen Zeit, so fällt mein Vergleich nicht günstig für die Gegenwart aus. Vor 25 Jahren hatten wir eine befreiende, wirtschaftliche Gesetzgebung, jetzt stehen wir noch unter den Folgen der Schutzpolitik. Herr v. Kardorff meinte gestern freilich das Gegentheil. Aber wir wissen ja, je lebhafter er etwas behauptet, desto schwächer steht es mit den tatsächlichen Grundlagen seiner Behauptung. (Heiterkeit.) Redner polemisiert eingehend gegen den Abg. v. Kardorff und seine Vertheidigung der Schutzpolitik. Herr v. Kardorff hat eine Brandrede gehalten und ist nun nach Paris verschwunden. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck machte es freilich ebenso. (Heiterkeit.) Der Hauptwerth der Handelsverträge hat darin bestanden, daß sie dem System der gegenseitigen Hinausdrängung der Bälle ein Ende zwischen den Vertragsstaaten gemacht haben. Außerdem befinden sich die Textil- und Montan-Industrie unlenkbar im Aufschwung. Auch

die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahre nicht so schlimm, wie im Vorjahre. Und da spricht Herr v. Kardorff von der zunehmenden allgemeinen Verarmung. Auch mit der Verarmung der Landwirthschaft ist es nicht so schlimm. In 10 Jahren hat sich der Viehwerth um 800 Mill. Mk. gesteigert. Die Grundrente ist freilich gesunken, aber das Sinken des Zinsfußes muß sich auch der Zinsrentner gefallen lassen. In den letzten 10 Jahren ist mehr Boden als früher in Bebauung genommen worden. Es ist auch nicht richtig, daß die ländliche Bevölkerung sich vermindert hat. Die Verminderung ist nur in den Gutsbezirken bemerkbar geworden. Wollen Sie dahin wirken, daß die Bevölkerung auf dem Lande sich vermehrt, so bekämpfen Sie die Zuzugnahme des Großgrundbesitzes und schaffen Sie kleine Bauerngüter. Uebrigens ist das neue Zuckersteuergesetz ganz danach angethan, die Zahl der ländlichen Arbeiter zu vermindern. Man konnte neugierig sein, welchen Rath sich Freiherr von Kardorff aus Friedrichshagen geholt hat, in welcher Richtung er die Regierung „scharf machen“ werde. (Große Heiterkeit.) Von einem festen Programm war aber in keiner Rede keine Spur zu finden. Er schloß nur wie der alte Altinghausen mit dem Ruf an die Minister: Seid einig, einig, einig. (Große Heiterkeit.) Der Moment zu diesem Ruf war schlecht gewählt, denn die Minister waren ja eben einig darin gewesen, den Herrn v. Kardorff von der Höhe zwischen den einzelnen Ministern in der Presse. Ich fühle mich nicht berufen, die Minister zu verteidigen, aber ich meine, es wäre für sie das Beste, die Stillsitzenden überhaupt abzuschaffen. Ich sage jedem Minister gern etwas Gutes nach, wenn er abgegangen ist. (Große Heiterkeit.) Die „Verliner Correspondenz“ des Herrn v. Köller war ein ganz guter Gedanke. Er wurde nur nicht von allen Ministern benutzt. Ich wäre der „Verhöhnung der Gelehrten“ längst ein Ende gemacht worden. (Sehr richtig.) Leider hat die Regierung mit der Bismarckschen Politik der Begünstigung der Sonderinteressen nicht völlig gebrochen. Sie leidet noch unter der Bismarckschen Gelehrtheit. Sie tritt den Sonderinteressen nicht scharf genug entgegen. Der Antrag Kautz hat allerdings eine scharfe Abkühlung von ihr gefunden. Aber das neue Zuckersteuergesetz ist auf demselben Punkte, wie der Antrag Kautz gewachsen. (Sehr richtig.) Laut. Der Kautzsche Antrag liegt uns in etwa veränderteter Form wieder vor. Einer der Hauptunterschiede des Vorjahres fehlt freilich, Herr von Kautz, ein Ritter ohne Furcht, wenn auch freilich nicht ohne Tadel. (Große Heiterkeit.) Daher sind vier neue Stellen von den Nationalliberalen als Unterscheidungszeichen gekommen. (Stürmische Heiterkeit.) Herr von Bennigsen hat bemerkenswert, der Antrag Kautz überbiete alles Andere an Genügsamkeit. Im gewöhnlichen Leben meidet man geringfügige kleine Leute. Unter nationalliberalen Kameraden thut man aber ganz eynig zu sein. (Große Heiterkeit.) Uns kann das Recht sein. Weichen Sie nur hüthlich beizummen! Daß das Antragsstamm haben die konservativen nach eigenem Gehändnis die Hochachtung Halle-Berford verloren. Das sind gute Anzeichen. Die Zeit der Halbheit ist bald vorüber. Gegen die Brodvertheuerer und Selbstverleederer muß energischer als bisher Aktion gemacht werden. Daß Herr von Kardorff nicht auf den Antikatholismus zu sprechen kam, habe ich vermuthet. (Heiterkeit.) Er ist mit seinen silbernen Internationalen nach Paris gefahren. Die Silberkammer scheinen das Bedürfnis zu fühlen, sich gegenseitig zu trösten. (Heiterkeit.) Möge die Regierung jetzt als bisher das nationale Banner gegen alle Sonderinteressen hoch halten. Nur dann und nur in so weit kann sie auf andere Unterstützung rechnen. (Beifall links.)

Nachstanzler Fürst Hohenlohe auf der Tribüne sehr scharf und verständlich. Der Regierung ist gestern Mangel an Gehörlichkeit vorgeworfen worden. Ich bin verwundert, daß Herr v. Kardorff, ein Politiker von so großer Erfahrung, auf die Zeitungen einget, die da behaupten, die Minister hätten in der Presse auf einander. Bei der Beurtheilung der Gerechtigkeit einer Regierung kommt es lediglich auf Ziel und Mittel, nicht auf die Politik an. Ziel und Richtung der Politik habe ich nicht gegen Jahre in meinem Programm niedergebitt, und daran ist nichts geändert. Die Minister sind mit mir einverstanden und unter sich einheitslich. Die gegenwärtige Behauptung ist eine egoistische Meinungsverschiedenheit finden freilich überall, wo Menschen zu gemeinsamer Arbeit sich vereinigen. Ich habe solche Meinungsverschiedenheiten friedlich zu lösen. Doch gelingt das nicht immer. Der Mindertheil des Ministers v. Köller ist aber nicht durch die Meinungsverschiedenheiten allein herbeigeführt worden, sondern auch durch Mißbilligungen (Hört, hört! links), die ich auszusprechen nicht in der Lage war. Ich will nicht näher darauf eingehen; ich will aber kaum ich sagen: Die Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Vereine kamen dabei nicht in Frage, sondern andere Gründe. — Der Regierung ist weiter Mangel an Initiative vorgeworfen worden. Initiative ist aber mir möglich, wenn der Regierung im Reichstage eine geschlossene Majorität zur Verfügung steht. Das ist nicht der Fall in einem Hause, wo sich zahlreiche entgegengesetzte Interessen bemerkbar machen. Trotzdem werden wir nach dem Wunsch Kardorff's fortfahren, für Ruhe, Ordnung und Wohlhabenheit zu sorgen, wir werden fortfahren, die gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung, gegen Religion und Monarchie gerichteten Bestrebungen zu bekämpfen. Unser vorjähriger Versuch, diesen Kampf im Namen einer Reform der allgemeinen Gesetze zu führen, ist mißlungen. Ich konnte darauf nicht zurück, habe auch nicht die Absicht, ein neues beratiges Gesetz einzubringen. Allein der ruhige Bürger bedarf des Schutzes, und es ist notwendig, daß die Gesetze, die beschaffen, zu diesem Zwecke scharfer angewandt werden. (Singer: Auf alle Parteien? Urtheil.) Selbstverständlich können daher die Erwägungen, ob diese Gesetze überhaupt genügen, nicht ausgeschlossen werden. Wenn sich die sozialdemokratische Partei und Presse über die scharfe Anwendung der Gesetze beklagt, so muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß sie selbst daran schuld ist. Sie hat im Sommer, als die deutsche Nation mit Dank und Stolz des ehrwürdigen Kaisers dachte, dessen Wuth und Weisheit die Gründung des Reiches zu danken ist (W Bravo, rechts), die nationale Bewegung mit Hohn und Spott überschüttet, weil in ihrem Sinn das Vaterland „ein kulturwidriger, reaktionärer Begriff“ ist. Ich beschränke mich auf dieses eine Sitat. Es zeigt den Geist dieser Bestrebungen. Das hat verkehrt, und höheren Orts wurde an mich die Frage gerichtet, wie lange das noch weiter gehen solle. Der ruhige Bürger liegt in den sozialistischen, kommunistischen und anarchischen Bestrebungen nicht wissenschaftliche Erörterungen, sondern Absichten, die nicht zum Rechtsstaat, sondern zum Anarchist führen. (Sehr richtig, rechts.) Das Gefühl der Sicherheit darf nicht leiden. Das ist natürlich und dagegen muß man einschreiten. Wenn wir also die Bügel in Straffachen scharfer angezogen haben, so haben wir die Zustimmung weiter Volkstheile für uns. (W Bravo! rechts.)

Enneccerus (M.): Der Abg. Richter möge es der national-liberalen Partei selbst überlassen, wie sie sich zum Antrag Kautz stelle. Herr Richter wäre es gewiß recht, wenn in der national-liberalen Partei bezügliche eine Spaltung eintrete, aber die Partei sei nicht gewohnt, den Rathschlägen des Abg. Richter zu folgen. Eine Minorität für den Antrag Kautz sei schon im vorigen Jahre vorhanden gewesen, nach wie vor halte aber die große Majorität der Partei den Antrag Kautz für schädlich und für ein gefährliches Agitationsmittel. Der Etat biete trotz der zahlreichen Ausstellungen des Abg. Richter ein befriedigendes Bild. Das Automatengesetz sei ein erstrebenswerthes Ziel und sei nur durch die Verkoppelung mit der Tabaksteuer unannehmbar geworden. Redner interpellirt lobend über den Stand der von Seiten der Regierung veranfalteten Enquete über die Währungsfrage und tritt für eine Reform der Militär-Strafprozessordnung ein. Dem Kriegsminister macht er ein Kompliment für die Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter in den Militärwerkstätten. Der Minister solle sich in dem Bestreben, für die Arbeiter zu sorgen, nicht irre machen lassen durch die sozialdemokratische Agitation und das Gebahren der Sozialdemokratie

ausläßlich der militärischen Jubelstürme in diesem Jahre. Der Marine-Etat finde seine Billigung; der Schutz des überseeischen Handels erstehe eine Vermehrung der deutschen Flotte. Freudig sei es zu begrüßen, daß der Post-Etat eine Verbesserung des Gehaltens der Landbriefträger bringe. Hoffentlich bleibe es dabei nicht stehen. Das bürgerliche Gesetzbuch müsse auf jeden Fall zu Stande kommen. Deshalb wäre es wünschenswerth, wenn sich die Parteien mögliche Hefere bei der zweiten Lesung anfertigen würden. (Singer: Entwurf im Ganzen angenommen werden. Dazu sei leider keine Aussicht vorhanden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister v. Bötticher: Ich erbitte mir das Wort zu einigen Bemerkungen über die Versicherungsgegesetzgebung und den Tarif des Kaiser Wilhelm-Kanals. Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist ja beendigt, der Entwurf der Revision des Unfallversicherungsgesetzes verbleibt und der Kritik unterliegt worden. Es ist nur soviel daran ausgeführt worden, daß der Bundesrath den Entwurf noch einer Nachrevision zu unterziehen beschloffen hat. Nach vor Beendigung dieser Revision soll aber auch das Alters-versorgungsgesetz revidirt werden. Wir haben eine aus Verwaltungsorganen und Arbeitgebern bestehende Konferenz einberufen. Die Arbeiter sollen übrigens auch noch gehört werden; es besteht nicht etwa die Absicht, sie auszuschließen. Aber die Materie ist sehr schwer. Es ist sehr leicht, Wünsche anzuknüpfen, aber nicht leicht, sie auszuführen. Wir werden aber erwägen, wie den an sich berechtigten Wünschen nach Vereinfachung der Versicherungsgegesetzgebung Rechnung getragen werden kann. Ein Votum darüber habe ich bereits dem Staatsministerium zur Beschlußfassung unterbreitet. In einer Novelle werden jedenfalls eine Reihe von Vorschriften abgeändert und eine Vereinfachung herbeigeführt werden, die der Bevölkerung das ganze Gesetz schmackhafter erscheinen lassen wird. Was den Tarif des Kaiser Wilhelm-Kanals anbelangt, so ist richtig, daß die Entnahmen hinter den Erwartungen bedeutend zurückgeblieben sind. Aber jedes Unternehmen muß sich erst in der Kunst des Publikums befechtigen und ich glaube, die Arbeiter sagen sich im Hinblick auf die Gesetzesbestimmung, daß der Reichstag nach einem Jahr die Gebühren festzulegen hat: „Woh! jetzt das Geschäft flott, dann ist auf eine Herabsetzung der Tarife nicht zu rechnen und wir heuzen lieber für's erste Jahr den Kanal nicht.“ Es wird sich empfehlen, der Verwaltung in Bezug auf den Tarif freieren Spielraum zu lassen. Zum Schluß noch eine Bemerkung zu der Aenderung des Abg. Richter von der „Verhöhnung“ amtlicher Schriftstücke zum Zwecke von Nebenverdiensten von Beamten. Ich gebe den hohen Antrag zu, der in der Verantwortlichkeit amtlicher Schriftstücke ohne Willen des Behalters liegt, bitte aber den Abg. Richter, mich auf die Spuren dieses Vertrauensbruches zu weichen. Er lauge er das nicht thun, mich die Behauptung, daß ein kaiserlicher oder königlicher Beamter zum Zwecke des Nebenverdienstes amtliche Schriftstücke verhehrt, als unehrenhaft zurückweisen. Beifall.

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Arbeit. Schluß 5 1/2 Uhr

Lübeck und Nachbargebiete.

11. Dezember.

Der er Volkszählung. Für das Jahr 1890 war die Zahl 65 500 als Einwohnerzahl von Lübeck angesetzt. In Wirklichkeit wurden jedoch damals nur 63 500 Personen gezählt. Unsere Kritik ist dahingehend zu berichtigen.

Eine Stube warm zu machen ist leichter, als sie warm zu halten. Da sei denn betont, was eigentlich ein Jeder wissen sollte, daß reine Luft sechsmal so schnell, also sechsmal so billig zu erwärmen ist, als verdorbene und daß sich reine Luft auch viel länger warm hält. Also fort mit der Angst, daß ein einmal erwärmtes Zimmer geschlossen bleiben müsse, wenn auch Tabakqualm oder sonstige Verderbniß der Luft kaum mehr das Athmen gestattet. Darum die Fenster auf! Ein bis zwei Minuten harter winterlicher Zug hindurch, der alle schlechte Luft hinausjagt und dann wird man sehen, wie angenehm sich wieder die Luft erwärmt.

Für den Postverdienst bestimmte Druckfachen dürfen nicht mit handschriftlichen Zusätzen, Mittheilungen u. s. w. versehen sein. Derartige Druckfachen sind von der Beförderung gänzlich ausgeschlossen, und werden den Absendern, sofern dieselben ersichtlich, wieder zurückgegeben. Das bisher theilweise beobachtete Verfahren, derartige unvorschriftsmäßige Druckfachen gegen Erhebung eines Strafportos auszuhandigen, findet für die Folge nicht mehr statt. Ist der Absender solcher Druckfachen nicht zu ermitteln, so werden letztere, nachdem sie eine bestimmte Zeit aufbewahrt wurden, von der Postverwaltung vernichtet. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß auf Druckfachen im Allgemeinen nur der Ort, das Datum, sowie Name und Stand des Absenders handschriftlich angegeben werden dürfen.

Bekanntlich haben die Handlungsgehilfen nach der Konkursordnung wegen ihrer Gehaltsansprüche aus dem letzten Jahre vor der Konkursöffnung Vorrechte. Das preussische Kammergericht hat nun anlässlich eines bestimmten Falles dieser Tage dahin entschieden, daß dieses Vorrecht denjenigen Handlungsgehilfen nicht zusteht, die vor der Konkursöffnung, wenn auch mit Unrecht, entlassen worden sind, weil nämlich nach preussischem Recht durch die Entlassung, gleichviel ob sie zu Unrecht erfolgt war, das Vertragsverhältnis aufgelöst ist, und alle Gehaltsansprüche sich in Entschädigungsansprüche umwandeln, für die ein Vorrecht besteht. Wenn also ein Handlungsgehilfe vor der Konkursöffnung entlassen wird, so hat er mit seinen Ansprüchen nur Vorrecht bis zum Tage der Entlassung.

Pöpllicher Tod. Verstorben ist gestern Vormittag der bei der Lübeck-Büchener Bahn angestellte Ober-Ingenieur Reiche. Am Abend vor seinem Tode hatte er noch einen Vortrag in der gemeinnützigen Gesellschaft angehört. Ein Schlaganfall bereitete dem Leben des noch rüstigen Mannes plötzlich ein Ende.

Im Concordia-Garten feierte am Sonntag die hiesige Zahlstelle des „Vereins Deutscher Schuhmacher“ ihr zehnjähriges Stiftungsfest, verbunden mit Theater-Aufführung und Ball. Als Theaterstück gelangte „Karls Hens erste Liebe“ zur Aufführung, welches allgemein Humor und Heiterkeit erweckte. Vor Allem machte jedoch die Feste des Genossen Bartels einen feierlichen Eindruck, möge dieselbe allen Festtheilnehmern noch lange in Er-

innerung bleiben. Bis zum Schlusse des Festes war das Lokal gefüllt. Ein Beweis, daß es Allen gefallen hat.

Bürgerausschuß. In der gestrigen Sitzung dieser Körperschaft wurde die Verathung über die Steuerreform fortgesetzt. Nachdem eine allgemeine Verathung über den Senatsantrag betreffend die Abänderung des Einkommengesetzes vom 27. Mai 1889 stattgefunden hatte, wurde zur Abstimmung übergegangen, um festzulegen, bei welchem Einkommen die Erhöhung des Steuersatzes beginnen solle und bis zu welchem Prozentsatz dieselben zu steigern seien. Auf Antrag der Kommission wurde beschlossen, die Erhöhung des gegenwärtigen Steuersatzes erst bei Einkommen über 2000 Mk. beginnen zu lassen. Zwei Anträge, welche schon bei Einkommen von 1000 resp. 1200 Mk. eine Steigerung eintreten lassen wollten, wurden abgelehnt. Des Weiteren wurde, dem Kommissionsantrage gemäß, beschlossen, daß bei Einkommen von über 100 000 Mk. eine Steigerung des Steuersatzes bis zu 6 pCt. eintreten solle. Zum Schlusse wurde noch an die Senatskommission das Ersuchen gerichtet, den Tarif einer Nachprüfung zu unterziehen, um etwaige Härten und Ungleichheiten in der Steigerung der einzelnen Steueransätze zu beseitigen.

Achtung Zimmerer! Wegen Nichtinnehaltung des neu vereinbarten Arbeitszeittarifes sind Differenzen mit den Mitgliedern des Bundes der Maurer- und Zimmermeister ausgebrochen, welche zur Folge hatten, daß sämtliche bei den betreffenden arbeitenden Zimmerer die Arbeit einstellen. — Die Holzarbeiter (Tischler) und die Bauarbeiter haben sich diesem Vorgehen angeschlossen. Wir ersuchen die Mitglieder aller in Frage kommenden Verbände, Vorstandes zu beachten.

Achtung Maurer! Ueber den Neubau des Bauunternehmers Schöb in der Körnerstraße ist bis auf Weiteres wegen ausgebrochener Differenzen betreffs des Arbeitszeittarifes die Sperre verhängt.

Die Streikkommission der beteiligten Gewerkschaften. Sitz: Lederstraße 3.

Zunungsprivilegium. Der Senatsausschuß für Gewerbe und Versicherungswesen erläßt eine Bekanntmachung dahingehend, daß diejenigen Arbeitgeber, welche im lübeckischen Staate das Bäckergerwerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Bäckereinnung fähig sein würden, gleichwohl aber dieser Innung nicht angehören, vom 1. Januar l. 3. an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Scheu wurden gestern Morgen die Pferde des Fischräucherers Henkel. H. kam mit leerem Wagen vom Bahnhof und fuhr längs der Untertrave. Da gingen — der Unfall ist uns unbekannt — mit einem Mal die Pferde durch und der Kutscher wurde vom Wagen geschleudert. Führerlos rasten nun die Pferde über die Drehbrücke und machten erst in der Nähe des Holzlagerplatzes der Gebrüder Brill halt, weil sie mit dem Wagen in dem Sand festgerathen waren. So ist die Fahrt noch glücklich abgelaufen. Auch der Kutscher ist ohne jede erhebliche Verletzung davon gekommen.

Diebstahl. Eine Uhr und zwei Paar Stiefel hat ein in Berkenthien wohnhafter Arbeiter seinen beiden Logis-Kollegen gestohlen und ist mit den Gegenständen verduftet. Die Uhr wurde nach erstatteter Anzeige bei einem hiesigen Pfandleiher aufgefunden und beschlagnahmt. Die Stiefel und der Dieb sind noch nicht ermittelt.

Unterschlagung. Gegen einen hiesigen Geschäftsreisenden ist Anzeige wegen Unterschlagung erstattet.

Trens. Auf dem hiesigen Eisenwerk wird zeitweilig 36 — sechs und dreißig — Stunden hintereinander gearbeitet. Vielleicht nimmt der Herr Fabrikinspektor hiervon Kenntniß und befristigt einmal eingehend den Betrieb. 36 Stunden Arbeitszeit ist denn doch wohl ein bißchen sehr viel.

—h. Schwartan. Eine Gerichtsverhandlung, die weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient, fand hier am Donnerstag voriger Woche statt. Angeklagt war der Rentier Grube von Hir (früher Gemeinde-Vorsteher in der Gemeinde Vorwerk). Derselbe wurde beschuldigt, dem hier seiner Zeit als Sommergast anwesend gewesenem Rentier Reichmann aus Hamburg einen Hundertmarkschein gestohlen zu haben. Grube stellte zwei hiesige Bürger als Zeugen, die aber beide nichts Genaues befeunden konnten. Dagegen hatte R. einen Zeugen, der es gesehen haben wollte, daß G. den Hundertmarkschein an sich genommen hatte. Auf Grund dieser Zeugenansage wurden vom Amtsanwalt gegen G. 3 Monate Gefängniß beantragt. Das Gericht faßte jedoch die Handlung des G. nicht als Diebstahl auf, sondern verurtheilte G. nur wegen Unterschlagung zu 200 Mk. Geldstrafe und den Gerichtskosten. Wie wir hören, sollen beide Theile hiermit nicht zufrieden sein und dürfte deshalb demnächst ein zweiter Termin in Lübeck stattfinden. Der Ausgang dieses Prozesses wird von den hiesigen Einwohnern mit Interesse verfolgt.

Swartan-Kensfeld. Am Sonntag Nachmittag tagte im Lokale des Herrn G. Sternberg-Kensfeld eine öffentliche Volksversammlung, zu welcher der Genosse Th. Schwarz aus Lübeck das Referat übernommen hatte. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in einer 1 1/2 stündigen Rede zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden. Hierauf wurde vom Vertrauensmann die Abrechnung vom letzten Jahre verlesen und von der Versammlung für richtig anerkannt. Als Vertrauenspersonen wurden die Genossen W. Behrens-Swartan und F. Jürgens-Kensfeld gewählt.

Diffan. Mord und Selbstmord. Bei dem hiesigen Hufner H. Schwarz diente ein Mädchen Namens Anna Wiedmann, welches im Jahre 1877 zu Lübeck

geboren ist. Diese Wiedemann unterhielt nun mit dem Knechte B. A. Anderson aus Argarum in Schweden seit Monaten ein Liebesverhältnis. Anderson diente bei dem Hofbesitzer Raabe in Schönlamp. Vor kurzer Zeit hatte nun die Wiedemann ihrem Bräutigam zu verstehen gegeben, daß sie gewillt sei, das Verhältnis zu lösen. Anderson muß schon bei dieser Erklärung Andeutungen gemacht haben, welche darauf schließen ließen, daß er in diesem Falle gewalthätig gegen sie vorgehen würde, denn die Wiedemann hat sich ihren Freundinnen gegenüber wiederholt diesbezüglich geäußert. Sie hat auch stets ihre Freundinnen, sie zu ihrem Schutze nach Hause zu begleiten. Auch erzählte sie, daß ihr Anderson „eins auf den Kopf geben wolle“. Am Sonntag, den 8. d. Mts. ließ sich die Wiedemann ebenfalls von einer Freundin nach Hause begleiten. Als dann am Montag Morgen die Wiedemann nicht rechtzeitig zur Arbeit erschien, wurde ein Knecht von ihrem Dienstherrn beauftragt, sie zu wecken. Do auf das Klopfen des Lehteren keine Antwort erfolgte, so wurde die Thür gewaltsam geöffnet. Bei der Oeffnung der Kammer fand man die Wiedemann erhängt in derselben vor. Ein Selbstmord war bei der Lebensluft, welche die Wiedemann stets an den Tag gelegt hatte, gänzlich ausgeschlossen. Auch deuteten alle Umstände auf einen gewaltsamen Tod hin. Der ebenfalls bei dem Hufner Schwarz dienende Knecht glaubte auch am Abend vorher, den Anderson auf dem Gehöft gesehen zu haben.

Der Umstand nun, daß ein Fenster geöffnet war, ließ auch darauf schließen, daß der Mörder durch das Fenster entflohen sein müsse. Die Polizei, welche sofort benachrichtigt wurde, stellte sofort die eifrigsten Nachforschungen an; dieselben erstreckten sich in Lübeck sogar auf die abgehenden Schiffe. Es gelang jedoch nicht, des dringend verdächtigen Anderson habhaft zu werden. In seinen Dienst war Anderson am Montag Morgen nicht zurückgekehrt. Durch eine telephonische Meldung des Gendarmen Oltman aus Stockelsdorf wurden weitere Nachforschungen erübrigt. Oltman meldete nämlich, daß Anderson im Kurauer Gehölz erhängt aufgefunden sei. Nach all diesen Umständen ist wohl als feststehend anzunehmen, daß Anderson, nachdem er die Wiedemann ermordet, sich selbst das Leben genommen hat. Die nähere Untersuchung wird diese Annahme nur bestätigen können. Eine Befichtigung des Thortes und die Leichenschau von Seiten der Staatsanwaltschaft sollte heute Morgen stattfinden.

Ahrenzähl. Nach dem vorläufig festgestellten Resultat der Volkszählung hatte Ahrensböhl am 3. Dezember 1895 1778 Einwohner gehabt. Es waren 406 Haushaltungen in 210 bewohnten Häusern vorhanden. Die Einwohnerzahl hat sich seit 1890 um 44 Personen vermehrt.

Briefkasten.

Mehrere Streitende. Die Ein eizeit gilt im Deutschen Reich seit dem 1. April 1893.

Marktbericht.

Butter Holst. 105 Pfg., Mehl 110 Pfg. per Pfd. Schinken per Pfd. 80-90 Pfg., Wurst per Pfund 100 Pfg., Eier 4 Stück 30 Pfg., Hühner per Stück 160 Pfg., Küken per Stück 110 Pfg., Enten per Stück 210 Pfg., Tauben per St. 60 Pfg., Gänse per Pfd. 65 Pfg., Sped per Pfd. — Pfg., Kartoffel per 10 Liter — und — Pfg.

Sternschanz-Wichmarft.

Hamburg, 10. Dezember.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1700 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Verlandtschweine schwere 43-45 Mk., leichte 44-46 Mk., Sauen 35-40 Mk. und Ferkel 42-44 Pfg. pr. 100 Pfd.
Der Kälberhandel verlief ziemlich gut. Zugeliefert wurden 1080 Stück. Unverkauft — Stück. — Preise: beste Waare 80-95 Mark, geringere 70-80 Mark, per 100 Pfund.

Angelommene und abgehene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Dienstag, den 10. Dezember.
9,05 N. D. Jyden, Land, von Malud in 18 St.
9,15 N. D. Eubthusen, Dellgreen, von Karlshamn in 24 St.
1,10 N. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 St.
3,40 N. D. Vore, Beckow, von Kalmar in 30 St.
Abgegangen:
Dienstag, den 10. Dezember.
12,30 N. Anna Christine, Vonger, nach Zeile.
1, — N. D. Augusta, Stübberg, nach Markrand.
Mittwoch, den 11. Dezember.
5, — N. D. Wilhelmine, Linnig, nach Fehmarn.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. B: 6,40 m
WNW., frisch.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Motard's Stearinkerzen
nur beste Qualität Pfd. 70 Pf. (5520)
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Photographie
Ernst Frank
53 Breitestraße 53
(Haus Freyholz), neben der Kommerzbank.
Feinste und sauberste Ausführung von Photographien bei billigsten Preisen.
Das Atelier ist Sonntags den ganzen Tag geöffnet.

Großes Lager (5842)
von Spielwaaren u. Puppen
sowie sämtlichen
Puppenartikeln
Block-, Sport- u. Puppenwagen
Kinderstühlen und Tischen
Turngeräthen
Unter-Steinbaukasten
Gesellschaftsspielen u. Bilderbüchern
Roll- und Schankelpferden
Galanterie- u. Lederwaaren
Koffern u. Schultaschen
C. Bliesath Wwe.
Sandstr. 9 Lübeck Sandstr. 9.

Zur Feißtbäckerei empfehle:
Besten Hamburger Kuchensyrup
Citronat, Orangat, Rosen- und Pfirsich-Wasser, Citronen, Citronenöl, Gewürze aller Art, sowie sämtliche Zuthaten. (6070)
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.
Fernsprecher 349.

Pfefferküsse
und
Braune Kuchen
empfehlen die
Bäckerei u. W. Gülsdorf,
Elstwigstraße 6a.

Rothweine
Portwein von 1,20 Mk. an
Malaga von 1,20 Mk. an
Madeira von 1,20 Mk. an
Sherry von 1,20 Mk. an
Samos von 1,00 Mk. an
Cognac von 1,20 Mk. an
empfehlen
M. Glück, Süßstraße 94,
Ede Balauerföhr.

Ludw. Hartwig's Kaffee schmeckt am Besten.

Franz Müller
33 Marlesgrube Lübeck Marlesgrube 33.
Lager fertiger Herrengarderoben.
Empfehle eine größere Parthie Winter-Paletots, sowie Wurschen- und Knaben-Winter-Jackets zu herabgesetzten Preisen.

Lübecker Badeanstalt.
Geöffnet von Morgens 8 1/2 bis Abends 9 Uhr, am Sonntage Morgens von 8-10 Uhr.

Gestickte
Hosenträger, Turnergürtel und Mückenfischen werden billig und sauber angefertigt.
J. F. G. Schweder Nachf.,
Fischergrube 27.

Johannes Probst
Hint. d. Burg 5-7
Lager aller Arten
Uhren
3 Jahre Garantie.
Reparaturen unter 1 Jahr. Garantie.
Federn 1,50 Mk.
Gläser 0,50 Mk.

NB. Durch Zufall eine Parthie silberne Herren- u. Damen-Remontoir-Uhren zu Fabrikpreisen.
Regulateure,
14 Tage-Werte mit Schlagwerk, pr. Stk. 15 Mk.

ff. bemalte
Kaffeeterrace u. Blumentöpfe
äußerst billig.
A. Steffin sen.
Vorzeilan-Malerei
Lübeck, Braunstrasse 26.

Zur Kuchenbäckerei:
Prima Kuchensyrup
Bestes Weizenmehl
Prima große Mandeln
Furcade, Orangat
Sämtliche Gewürze
Hirschhornsalz, Pottasche
Rosen- und Pfirsich-Wasser
ff. Citronen
empfehlen
Reinh. Büsen,
Arnimstraße.

Empfehle meine
Colonial- und Fettwaaren-Handlung:
Tabacke und Cigarren.
Gesalzene und saure Serringe.
Delicatess-Heringe in Gelé.
ff. Hofbutter.
Bredkerbsen, à Pfd. 10 Pfg.
Weisse Bohnen, à Pfd. 14 Pfg.
Aepfel, à Pfd. 10 Pfg. rc.
W. Faasch, Kienefeld.

Glasen's Nachtlichte (5522)
Fuchspulver
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Durch Zufall!
100 000
Sumatra-Brasil-Cigarren
51 Cozo. 100 Stück Mk. 4,20, 10 Stück 45 Pf
empfehlen
Friedrich Nagel, Markt 14.

Schweinefleisch Carbonade
Pfd. 50 Pfg. Pfd. 60 Pfg.
Flohnem Gejalz. Schweinefleisch
Pfd. 60 Pfg. Pfd. 50 Pfg.
Dicke Rippen, Pfd. 55 Pfg.
W. Strohsfeldt, Glockengießerstraße 73.

Käse
in allen Sorten, jedes Alter und zu jedem Preise.
Friedr. Grimm,
St. Schranzen 4.

Feinste Meiereibutter
2 mal wöchentlich frisch (5521)
empfehlen
Ludw. Hartwig.

Wieder eingetroffen:
Eine neue Sendung von der beliebten
Leberwurst,
per Pfund 60 Pfg.
Reinh. Büsen, Arnimstraße.

Berger Flohm-Heringe
in vorzüglicher Qualität
bei (5523) **Ludw. Hartwig.**

Große Auswahl in
Bertitow's und Theeschränken
von 20 Mark an empfehlen
Folckers Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Als passendes Weihnachts-Geschenk
empfehlen Kommoden von 11,75 Mk. an die
Möbelfabrik von A. Hess, Hansastr. 27

Geld! sofort Geld!
erhalten Sie auf Möbel, Rohprodukte, Waaren aller Art, wenn nur zur Auktion übergeben, ohne Lagerkosten zu berechnen.
J. C. B. Schmehl, Auktionator u. Taxator,
Sundestraße 8.

H. Kock, Schneider, Langer
empfehlen sich zu allen
in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.
Zu verkaufen zwei eiserne und eine hölzerne
Bettstelle mit Seegras-Matratze.
Große Gröpelgrube 8, 2. Etage.

Ein Hammer gefunden.
Engelgrube 32/11.

Geschäfts-Verlegung.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage mein
Colonial-, Fett- und Grünwaaren-Geschäft
von der Glockengießerstraße 22 nach meinem neuerbauten Hause
Glockengießerstraße 16
verlegt habe, und bitte meine geehrten Kunden, das mir bisher erwiehene Wohlwollen auch jetzt gütigst erhalten zu wollen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, nur gute und reelle Waare zu den billigsten Preisen zu liefern.
Hochachtungsvoll
Caroline Saueracker.

Miethe-Quittungs-Formulare
sind zu haben in der
Expedition des Lübecker Volksboten.

Mitglieder-Versammlung
der
Gasenarbeiter Lübecks
am Mittwoch den 11. Dezbr.,
Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn W. Neumann
„Berliner Hof.“
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht. 2. Fragekasten. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Wakenitz-Bellevue.
Verfegeln
von

fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchsleisch
am Dienstag den 17. Dezbr. 1895.
Anfang 10 Uhr. — Einlag 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein **W. Kruse.**

Restaurant „Zur Wolfschlucht“
Große Burgstraße 16.
Ausspielen u. fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchsleisch
am Donnerstag den 12. Dezember 1895
Anfang 9 Uhr. — Einlag 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. Spethmann.

Tivoli. Tivoli.
Donnerstag den 12. Dezember 1895:
Drittelettes Gastspiel
des Hamburger Tivoli-Theaters.
(Direktion: Albert von Gogh).

Familie Buchholz
Großes Volksstück in 3 Akten, mit Gesang.
Zum Schluß:
Familie Depenthal.
Preise: Logen 1 Mk., Parq. 80 Pf., Part. 60 Pf., Gallerie 40 Pf.

Bon gütig Mittwoch u. Donnerstag
für 1-4 Personen.
Inhaber dieses Bons zahlt auf allen Plätzen nur die Hälfte des Kassenpreises à Person.
Kasseneröffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Stadttheater in Lübeck.
Donnerstag den 12. Dezember:
44. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie: Brann.
Anfang 7 Uhr. — Schauspielpreise.

Der Militairstaat.
Jugendliebe.
Freitag: **Figaro's Hochzeit.**
(Freitag-Abonnement Nr. 10).

Die Aussperrung der Maurer und Zimmerer durch die dem „Bund der Maurer- u. Zimmermeister“ angehörenden Meister.

Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, um eventuellen Unrichtigkeiten vorzubeugen, einen Bericht über die jetzigen Ursachen der Aussperrungen der Maurer sowie Zimmerer zu veröffentlichen.

Um den ganzen Hergang der Verhandlungen richtig zu kennzeichnen, ist es notwendig, die früheren Verhandlungen mit den Meistern klarzulegen.

Es fällt uns das um so leichter, als sich noch sämtliche Manuskripte und Briefe vom Jahre 1884 an in unseren Händen befinden. Da nur die Schriftstücke nach 1884 in Betracht kommen, so werden wir die anderen, vor dieser Zeit gewechselten Briefe, vorläufig ganz außer Acht lassen, zumal der „Bund der Maurer- und Zimmermeister“ in der ersten Hälfte der 80er Jahre noch nicht bestand. Erst im Jahre 1887 wurde der sogenannte „Verein der Bauunternehmer“ gegründet. Als im Jahre 1890 eine Anzahl Mitglieder dieses Vereins zur Innung überging, so legte sich der Verein einen andern Namen bei und zwar nannte er sich wie noch heute: „Bund der Maurer- und Zimmermeister zu Lübeck.“

Nun zu den Verhandlungen selbst. Dieselben waren bis zum Frühjahr 1890, in welchem die Aussperrung sämtlicher Maurer und Zimmerer stattfand, stets von den Altgefelln gepflogen worden. Vom Jahre 1890 an, wo die Lohnkommissionen der Maurer sowie der Zimmerer anerkannt worden, haben diese jedes Jahr die Verhandlungen mit den Meistern ausgeführt. Bei diesen jeweiligen Verhandlungen waren zugegen: der Vorstand der Innung (Bauhütte), die Lohnkommissionen der Maurer und Zimmerer, und auch der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ Letztere Körperschaft ist stets zu derartigen Sitzungen vom Vorstand der Innung (Bauhütte) zu diesen Verhandlungen eingeladen worden. Es war ja auch selbstverständlich, daß, wenn nur ein Lohnvertrag aufgestellt werden sollte, alle drei Körperschaften vertreten sein mußten. Dieses ist stets der Fall gewesen, nur nicht das letzte Mal, wo der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ nicht erschienen ist. Aus welchem Grunde? Uns ist die Antwort geworden, daß es ein Versehen des Herrn Schwarzkopf, Vorsitzender der Innung (Bauhütte) gewesen ist, die Herren vom Bunde nicht einzuladen. War es also ein Versehen der Lohnkommission, wenn der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ nicht zugegen war? Hatten die Lohnkommissionen überhaupt das Recht, den Vorstand zu dieser Sitzung einzuladen? Haben die Lohnkommissionen den „B. d. M. u. Z.“ schon jemals zu einer derartigen Sitzung eingeladen? Niemals ist das der Fall gewesen. Wir weisen es deshalb entschieden zurück, wenn man jetzt anführt, die Lohnkommission hätte den Bund zu dieser Sitzung nicht eingeladen. Man wandte sich lieber an die richtige Adresse, den Vorsitzenden der Innung.

Im Herbst des Jahres 1893 wurde ein Arbeitszeittarif von den drei Körperschaften: Vorstand der Innung,

„B. d. M. u. Z.“, sowie den Lohnkommissionen der Maurer und Zimmerer festgesetzt. Die Einheitszeit, welche damals in Deutschland eingeführt wurde, machte es notwendig, daß der Arbeitszeittarif einer Revision unterzogen wurde. Dieser Tarif sollte als Probetarif für den Winter 1893 bzw. 1894 gültig sein, etwaige Mängel, die sich etwa herausstellten, sollten dann in einer im März 1894 anzuberaumenden gemeinschaftlichen Sitzung der drei oben genannten Körperschaften abgeändert werden. Als nun im April 1894 den Lohnkommissionen beider Gewerbe noch keine Einladung zu einer derartigen Sitzung zugestellt war, wandten wir uns am 17. 4. 94 an den Vorstand der Innung (Bauhütte) und auch an den Vorstand des Bundes der Maurer- und Zimmermeister. (Wir werden nur die Schriftstücke, welche an den Vorstand des Bundes der Maurer- und Zimmermeister ergangen sind und welche wir von diesem erhalten haben, veröffentlichen, weil wir augenblicklich nur mit dieser Körperschaft zu thun haben. Die Lohnk.):

An den Vorstand des Bundes der Maurer- und Zimmermeister zu Händen des Herrn Lühr hierseibst.

Die gemeinschaftliche Sitzung im September vor. Jahres führte zu dem Resultat, daß der jetzt bestehende Arbeitszeittarif für den verfloßenen Winter nur als Probetarif gelten sollte. Die Mängel, die sich dann ergeben würden, sollten in einer gemeinschaftlichen Sitzung, die im März d. J. stattfinden sollte, abgeändert werden. Die Lohnkommission der Maurer sowie Zimmerer richtet deshalb die Frage an Sie, ob Sie event. Abänderungen des Tarifes wünschen. Wir ersuchen Sie freundlichst, uns umgehend Antwort an untenstehende Adresse zukommen zu lassen.

J. N.: Die Lohnkommission der Maurer sowie Zimmerer zeichnen Hochachtungsvoll H. K.

Dieser Brief blieb von Seiten des Vorstandes des „B. d. M. u. Z.“ unbeantwortet.

Diesen Brief hat nun Herr Lühr, derzeitiger Vorsitzender des „B. d. M. u. Z.“, wie sich nachträglich herausgestellt, den Mitgliedern des „B. d. M. u. Z.“ zur Kenntnissnahme überhaupt nicht vorgelegt.

Die Entschuldigung des Herrn Lühr einem Lohnkommissionsmitgliede gegenüber ging dahin: — Er habe den Brief, als er zur Versammlung gegangen sei, aus Versehen mit einem Taschentuch in die Tasche hinuntergedrückt und in der Versammlung nicht wieder daran gedacht. Am anderen Morgen sei er dann gewahr geworden, daß er den Brief der Lohnkommission, den er noch in der Tasche habe, in der Versammlung garnicht vorgelegt habe!

Inzwischen war nun eine Einladung vom Vorsitzenden der Innung an die Lohnkommission eingegangen, in welchem um eine gemeinschaftliche Verhandlung, die vom Vorsitzenden der Innung auf Mittwoch den 25. April, Abends 8 Uhr, anberaumt war, ersucht wurde.

Bei dieser gemeinschaftlichen Sitzung war nun auch der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ zugegen. Die Versammlung führte jedoch zu keinem endgültigen Resultat, vielmehr wurden die beiden Lohnkommissionen der

Maurer und Zimmerer beauftragt, einen neuen Arbeitszeittarif auszuarbeiten und selbigen den Meistern zugustellen, um ihn zu prüfen und in einer demnächst stattfindenden gemeinschaftlichen Sitzung zu vereinbaren.

Von den Lohnkommissionen wurde diesem Ersuchen nachgekommen und folgendes Schreiben mit dem neu ausgearbeiteten Arbeitszeittarif an den Vorsitzenden des „B. d. M. u. Z.“ gerichtet:

Lübeck, d. 4. August 1894.
An den Vorstand des Bundes der Maurer- und Zimmermeister, zu Händen des Herrn Lühr, hierseibst.

Der Ihnen im April von der Lohnkommission der Maurer, sowie der Zimmerer zugesandte Brief, der dahin lautete, ob Sie etwaige Wünsche auf Abänderung des Arbeitszeittarif hätten, blieb von Ihnen unbeantwortet. Dessenungeachtet unterbreiten Unterzeichnete im Auftrage beider Lohnkommissionen der Maurer sowie Zimmerer Ihnen beiliegenden, nach Sonnen-Ausgang und Untergang ausgearbeiteten Arbeitszeittarif. Wir ersuchen Sie, selbigen zu prüfen und uns umgehend Antwort zukommen zu lassen, ob Sie mit selbigem einverstanden sind.

Die Lohnkommission der M. u. Z., zeichnen Hochachtungsvoll H. K.

Auch dieser Brief blieb vom „B. d. M. u. Z.“ der Lohnkommission gegenüber unbeantwortet.

Vom Vorstand der Innung ging der Lohnkommission ein Schreiben zu, daß eine Berathung auf Dienstag, den 14. August 1894, Abends 7 1/2 Uhr, über den von der Lohnkommission der Gesellen ausgearbeiteten Arbeitszeittarif anberaumt sei.

In dieser Sitzung waren alle drei Körperschaften (der Vorstand der Innung, die Lohnkommission der Maurer und Zimmerer, sowie auch der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“) anwesend. In dieser Sitzung wurde der von den Gesellen ausgearbeitete Tarif bedingungslos auf ein Jahr anerkannt und zwar mit den von den Meistern gestellten Zusatz. (Bei einer Arbeitszeit unter 10 Stunden bleibt es in dringenden Fällen den Meistern vorbehalten, ausnahmsweise Abweichungen von dem vorstehend vereinbarten Arbeitsplane zu machen.)

Da sich aber bald herausstellte, daß die Arbeitszeit, namentlich im Herbst, nicht ganz den Lichtverhältnissen angepaßt war, so machten die Lohnkommissionsmitglieder sich darüber Notizen, wenn der Tarif nicht mit der Tageshelle übereinstimmte. Die Lohnkommissionsmitglieder traten alsdann in einem Schreiben am 14. Juli 1895 an den Vorstand der Innung nochmals mit dem Ersuchen heran, eine gemeinschaftliche Sitzung anberaumen zu wollen, weil die Mitglieder der Lohnkommissionen der Ansicht seien, daß ihnen eine Aenderung des Arbeitszeittarifs in einigen Punkten rathsam erscheine.

Die Sitzung wurde denn auch auf Freitag den 17. Juli 1895, Abends 7 1/4 Uhr, vom Vorsitzenden der Innung anberaumt. Vertreten waren der Vorstand der Innung (Bauhütte), die Lohnkommissionen der Maurer, sowie Zimmerer. Der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ war nicht anwesend.

In dieser Sitzung wurde der jetzt zu Recht bestehende Tarif berathen und beschlossen. Wenn in dieser Sitzung

Die Frau von dreißig Jahren.

H. de Balzac nachgezählt.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Indem sie wie auf einen Traum auf die Freundlichkeiten und die zarte Harmonie verzichtete, die ihr die alte Erfahrung der Frau von Liffomere-Randon verheißen hatte, erwartete sie mit Ergebenheit das Ende ihrer Leiden und hoffte jung zu sterben. Seit ihrer Rückkehr aus der Touraine, hatte ihre Gesundheit täglich mehr abgenommen, und für das Leben schien ihr der richtige Maßstab das Leiden zu sein, noch dazu ein elegantes Leiden, eine mit Annehmlichkeiten verbundene Krankheit, die in den Augen Oberflächlicher für eine Phantasie der vornehmen Dame gelten konnte. Die Aerzte hatten die Marquise dazu verurtheilt auf einem Divan liegen zu bleiben, auf dem sie inmitten der sie umgebenden Blumen verklümmerte und dahintwelkte wie sie. Ihre Schwäche verbot ihr das Ausgehen und die freie Luft; nur in verschlossenem Wagen durfte sie das Haus verlassen. Unaufhörlich von allen Schönheiten unseres modernen Luxus und unserer Industrie umringt, gleich sie wenig sehr einer Kranken.

Einige Freunde, die vielleicht aufrichtiges Mitleid mit ihrem Leiden und ihrer Schwäche hatten, sicher zudem, sie stets zu Hause zu finden und wahrscheinlich auch auf ihre zukünftige gute Gesundheit rechnend, brachten ihr Neuigkeiten und unterrichteten sie von diesen tausend kleinen Ereignissen, die in Paris ein so wechselvolles Leben geben. Ihre Melancholie, obgleich ernst und tief, war doch die Melancholie des Ueberflusses. Die Marquise von Aiglemont gleich einer schönen Blume, deren Wurzel von einem schwarzen Würme angenagt war. Sie erschien bisweilen in der höheren Gesellschaft, nicht aus Lust, sondern um den Anforderungen der Stellung zu

gehörten, nach der ihr Mann trachtete. Ihre Stimme und ihr vollendet schöner Gesang gestatteten ihr dort Beifall einzuernten, der einer jungen Frau fast immer schmeichelt; wozu dienten ihr inbessen Erfolge, die weder ihren Gefühlen noch Hoffnungen entsprachen? Ihr Mann liebte die Musik nicht. Kurz, sie fühlte sich in den Salons, wo ihre Schönheit ihr interessirte Huldigungen erwarb, fast immer bedrückt. Ihre Lage erregte daselbst eine Art grausamen Mitleids, eine beängstigende Neugier. Sie war von einer nicht selten tödtlichen Aufregung befallen, die sich die Frauen ins Ohr flüstern und für die unsere Sprache noch keinen Namen hat finden können. Trotz der Stille, in der ihr Leben verfloß, war der Grund ihres Leidens Niemandem ein Geheimniß. Trotz der Verheirathung noch immer junges Mädchen, wurde sie bei den geringsten Blicken schüchtern und verschämt. Auch erschien sie, um dem Erdröthen zu entgehen, nur noch lachend und heiter; sie affectirte eine falsche Freude, gab sich stets für wohl aus oder kam den Fragen nach ihrer Gesundheit durch sittsame Lügen zuvor. Im Jahre 1817 trug inbessen ein Ereigniß wesentlich dazu bei, in dem beklagenswerthen Zustande, in dem sich Julie bis dahin befunden hatte, eine wesentliche Aenderung eintreten zu lassen. Sie bekam eine Tochter und wollte sie selbst nähren. Zwei Jahre lang machten ihr die lebhaften Zerstreuungen und unruhigen Freuden, welche die Mutter sorgen hervorrufen, das Leben etwas weniger unglücklich. Sie trennte sich nothwendigerweise von ihrem Manne. Die Aerzte prophezeiten eine bessere Gesundheit; allein die Marquise glaubte nicht an diese bedingungsweisen Vorhersagungen. Wie alle Menschen, für die das Leben keine Würze mehr hat, sah sie im Tode vielleicht eine glückliche Lösung.

Am Anfange des Jahres 1819 wurde ihr Leben schmerzreicher als je. In dem Augenblicke, wo sie sich des zweifelhaften Glückes, das sie sich zu erringen

verstanden hatte, rühmte, sah sie furchtbare Abgründe vor sich: ihr Mann hatte sich ihrer allmählich entwöhnt. Diese Erkaltung einer schon so lauen und ganz egoistischen Liebe konnte mehr als ein Unglück, das ihr feiner Takt und ihre Klugheit sie voraussehen ließen, herbeiführen. Obgleich sie sicher war, eine große Gewalt über Victor zu behalten und seine Achtung für immer erworben zu haben, so fürchtete sie doch den Einfluß der Leidenschaften auf einen so wichtigen und aus lächerlicher Eitelkeit unüberlegten Mann.

Oft wurde Julie von ihren Freunden überrascht, wenn sie in lange Betrachtungen versenkt war; die am wenigsten scharfsichtigen fragten sie scherzend nach dem geheimen Grund, als ob eine so junge Frau nur an Albernheiten denken könnte, als ob in den Gedanken einer Familienmutter nicht immer ein tiefer Sinn läge. Uebrigens führt uns Unglück eben so gut wie wahres Glück zur Träumerei. Mitunter blickte Julie, wenn sie mit ihrer Helene — so nannte sie ihre Tochter — spielte, sie mit einem trüben Auge an und antwortete nicht länger auf diese kindischen Fragen, die den Müttern so große Freude machen, um über ihre Gegenwart und Zukunft nachzudenken. In ihre Augen stiegen dann die Thränen, wenn irgend eine plötzliche Erinnerung ihr wieder die Szene bei der Truppenmusterung in den Tuileries vor die Seele führte. Die ahnungsvollen Worte ihres Vaters hallten von Neuem vor ihren Ohren wieder, und ihr Gewissen warf ihr vor, die Wichtigkeit derselben verkannt zu haben.

Von diesem thörichtem Ungehorsam rührten alle ihre Leiden her, und oft wußte sie nicht, welches von ihnen am schwersten zu tragen war. Nicht die freundlichen Schätze ihrer Seele blieben allein unbekannt, sondern sie konnte auch nicht dahin gelangen, sich in den einfachsten Dingen des Lebens ihrem Manne verständlich zu machen. In dem Augenblicke, wo sich das Vermögen zu lieben in

der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ fehlte, war das nicht unsere Schuld.

Noch am selben Abend, an dem die Sitzung stattgefunden hatte, haben die Lohnkommissionen, weil der Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ nicht anwesend gewesen war, beschlossen, sobald als möglich dem betr. Vereine die Ergebnisse der Unterhandlungen mitzutheilen. Dieses ist denn auch am 22. Juli 1895 geschehen.

Lübeck, den 22. Juli 1895.

An den
Vand der Maurer- und Zimmermeister,
zu Händen des Herrn Vahr,

hier selbst.

Unterzeichnete machen Ihnen hierdurch die Mittheilung, daß in den am 19. d. Mts. stattgefundenen Verhandlungen des Vorstandes der Innung (Vauhütte) einerseits, sowie der Lohnkommission der Zimmerer andererseits, folgende Veränderungen in dem Arbeitszeittarif einstimmig beschlossen sind:

Vom	bis	v. Morg.	b. Abds.	Std.
8. Januar	21. Januar	8 1/2	4 1/2	6 1/2
1. Novbr.	15. Novbr.	7 1/2	4 1/2	7 1/2
16. "	25. "	7 1/2	4	7
26. "	9. Dezbr.	8	4	6 1/2
10. "	31. "	8 1/2	4	6

Insiderdem ist der Passus im Arbeitszeittarif, wo es heißt: „Bei einer Arbeitszeit unter 10 Stunden bleibt es den Meistern vorbehalten, in dringenden Fällen ausnahmsweise Abweichungen von dem vorkstehend vereinbarten Arbeitsplan zu machen“ dahin geändert, daß in solchen Fällen die Arbeitszeit nur mit Zustimmung des Vorsitzenden der Vauhütte oder des Vorsitzenden des „B. d. M. u. Z.“ erweitert werden kann.

Zu Abirigen bleibt die Rückseite des Tarifes in der bisherigen Fassung weiter bestehen. Wir haben von einer besonderen Einladung betreffs Unterhandlung mit den „B. d. M. u. Z.“ Abstand genommen, weil Sie es im vergangenen Jahre nicht für nöthig erachtet hatten, unser diesbezügliches Schreiben zu beantworten. Wir haben erwartet, daß Sie, wie im vergangenen Jahre, auch diesmal in der Sitzung anwesend waren. Da dies nicht der Fall, lassen wir das Resultat auf diesem Wege in Ihre Hände gelangen und erjüden Sie gefälligst, Notiz davon zu nehmen und uns eine diesbezügliche Antwort anzustellen.

S. M.:

der Lohnkommission der Maurer und Zimmerer
zeichnen hochachtungsvoll:

S. H. G. J.

Dieser Brief soll nun nach Aussage einiger, dem „B. d. M. u. Z.“ angehörenden Meister ein ungemein rüpelhafter sein. Die Deffentlichkeit mag jetzt selbst darüber urtheilen. Die Lohnkommissionen der Maurer sowie Zimmerer sind der Meinung, daß sie gar keine Ursache hatten, den Vorstand des „B. d. M. u. Z.“ mit Glace-Handschuhen anzufassen, sondern sie hatten das Recht, das Verhalten des Vorstandes des „B. d. M. u. Z.“ scharf zu kennzeichnen, ohne natürlich die Form des Anstandes dabei zu verletzen. Wenn nun die Vorstandsmitglieder des „B. d. M. u. Z.“ sich als diejenigen hinstellen, die sich in ihrer Ehre gekränkt fühlen, weil wir sie nicht zu einer besonderen Sitzung eingeladen haben, so kann uns das ziemlich gleichgültig lassen; nach Lage der Sache war es nicht möglich. Was sollte auch eine neue Sitzung? Einen andern Tarif ausarbeiten? Oder den mit der Innung vereinbarten nur durch Zustimmung bekräftigen? Letzteres konnte ja doch nur angängig sein. Doch dafür hielten sich die Lohnkommissionen nach dem früheren Verhalten des Vorstandes vom „B. d. M. u. Z.“ zu gut.

Wenn man sich nun der Mühe unterzieht und die beiden Tarife vergleicht, so ersieht man Folgendes: Die Arbeitszeit vom 1. November bis 31. Dezember im Tarife von 1894 beträgt 326 Arbeitsstunden, wohingegen die Arbeitszeit nach dem neu vereinbarten vom 1. Nov. bis 31. Dezember 326 1/2 Stunden beträgt, mithin ist nur die Arbeitszeit durch Einschlebung zweier Abflusungen im Tarife zu Gunsten der Tageshelle verschoben. Wir

ihr stärker und wirksamer entwickelte, verschwand die eheliche Liebe inmitten schwerer physischer und moralischer Leiden. Darauf empfand sie für ihren Mann dieses an Verachtung streifende Mitleiden, das mit der Zeit alle Gefühle erstickt.

Wenn ihre Unterhaltungen mit einigen Freunden, wenn die Beispiele oder wenn gewisse Liebeshändel in der vornehmen Welt sie nicht darüber belehrt hätten, daß die Liebe unendliches Glück brächte, so hätten ihre Wunden sie endlich tiefer und reinen Freunden ahnen lassen, die ein Band zwischen brüderlich gesinnten Seelen bilden müssen. In dem Bilde, daß ihr ihr Gedächtniß von der Vergangenheit entwarf trat Arthurs verklärte Gestalt täglich reiner und schöner aber flüchtig hervor; denn sie wagte nicht, bei dieser Erinnerung zu weilen. Die schweigende und schüchterne Liebe dieses jungen Engländer war das einzige Ereigniß, das in diesem düsteren und einsamen Herzen einige freundliche Spuren zurückgelassen hatte. Vielleicht verbanden sich alle getäuschten Hoffnungen, alle fehlgeschlagene Wünsche, die Juliens Geist nach und nach verdüsterten, mit diesem Mann, dessen Manieren, Gefühle und Charakter so viele Sympathien mit ihren eigenen darzubieten schienen. Aber dieser Gedanke hatte immer den Anschein einer Laune, eines Traumes.

Nach diesem schweren Traume, der stets durch Seufzer geschlossen wurde, erwachte Julie noch unglücklicher, und empfand ihre verborgenen Schmerzen, die sie unter den Flügeln eines eingebildeten Glückes eingeschlafert hatte, noch bitterer. Bisweilen nahmen ihre Klagen einen Charakter von Wahnsinn und Kühnheit an, sie sehnte sich nach Freuden um jeden Preis, aber noch häufiger war sie die Beute einer eigenthümlichen dumpfen Veräufung, hörte ohne zu verstehen, oder trug sich mit so unklaren, so unbestimmten Gedanken, daß sie nie die Sprache erlangt hätte, um sie auszudrücken. Gegen die Wünsche und

erhielten nun auf unsern Brief vom 22. 7. 95 die Antwort des „B. d. M. u. Z.“ zugestellt.

Dieselbe lautet:

Lübeck, den 31. Juli 1895.

An den
Vordand der Lohnkommission der Maurer und Zimmerer
zu Lübeck.

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 24. d. M. theilen wir Ihnen mit, daß uns im vorigen Jahre, sowie in diesem Jahre keine Einladung zu einer Versammlung zugegangen ist; nur durch Zufall haben wir im vorigen Jahre erfahren, daß eine Versammlung stattfand, was dieses Mal nicht der Fall war. Da Sie uns nun mittheilen, daß Sie selber davon Abstand genommen haben, und zu einer Versammlung einzuladen, so können wir auch keine weitere Notiz von Ihren Beschlüssen nehmen.

Hochachtungsvoll

Vand der Maurer und Zimmermeister
zu Lübeck.

H. Vahr, Vorsitzender.

Die Mitglieder beider Vereinigungen, Maurer sowohl wie Zimmerer, beschlossen nun in ihren Versammlungen nach Verichterstattung der Lohnkommissionen, daß sie nur gewillt seien, den mit dem Vorstand der Innung vereinbarten Arbeitszeittarife anzuerkennen und auch durchzuführen.

Als nun die Wechselung der Arbeitszeit am 26. November stattfand, weigerte man sich von Seiten des „B. d. M. u. Z.“ nach dem neuen, vereinbarten Arbeitsplan arbeiten zu lassen. Die Folge davon war, daß am 29. November zwei Kollegen (Maurer) bei dem Bauunternehmer W. Schöb die Arbeit niederlegten. Schöb hatte seinen Leuten erklärt, wenn sie nicht nach dem Tarife des „B. d. M. u. Z.“ arbeiten wollten, so seien sie geschiedene Leute.

Es blieb nach diesen Umständen der Lohnkommission der Maurer nichts anderes übrig, als über den Bau des genannten Schöb die Sperre zu verhängen.

Als nun am 4. Dezember die Mitgliederversammlung der Maurer tagte, lief kurz vor Eröffnung der Versammlung bei der Lohnkommission der Maurer sowohl wie bei den Zimmerern ein gleichlautendes Schreiben ein. Dasselbe lautete:

Lübeck, den 4. Dezember 1895.

Mittheilung.

An den Vorsitzenden der Lohnkommission
der Maurer Lübeck.

Die von Ihnen über den Bau der Maurermeister W. Schöb, hier, verhängten Sperre beantworten wir laut Beschluß der gestrigen Versammlung mit folgenden Zeilen: Die Versammlung beschloß auf Antrag, die Lohnkommission der Maurer und Zimmerer Lübeck in Kenntniß zu setzen, daß, wenn die Sperre über den Bau des vorher Genannten bis zum Sonnabend den 7. Dezember nicht zurückgenommen wird, bei sämtlichen Mitgliedern des Bundes der Maurer und Zimmermeister so lange die Arbeit eingestellt wird, bis ein Uebereinkommen getroffen ist.

Hochachtungsvoll

Chr. Behrens, 2. Vorsitzender.

Wenn die Herren vom „B. d. M. u. Z.“ nun der Ansicht gewesen sind, daß sie hierdurch den Maurern resp. den Zimmerern Lübeck, einen Schreck einjagen wollten, so hatten sie sich gründlich geirrt. Dieser Akt rief, als er verlesen wurde, unter den anwesenden Fachvereinsmitgliedern nur ein mitleidiges Lächeln hervor. Mit Recht hob man hervor, den so schände hingeworfenen Fehde-Handschuh aufnehmen zu wollen. Was ist es weiter von Seiten des „B. d. M. u. Z.“ als Prozenhaftigkeit den Gefellen gegenüber! Man stellt sich hin als ein schwer Getränkter und weiß nicht warum. Doch die Organisationen beider Gewerbe, Maurer sowie Zimmerer, lassen nicht mit sich spielen. Wer mit Feuer spielt, verbrennt sich die Finger.

Es haben sich nun, wie schon im „Volksboten“ bekannt gegeben ist, auf den Stellen, wo Maurer und

Meigungen, mit denen sie sich als junges Mädchen getragen hatte, war so arg gefrevelt worden, daß sie bitterlich weinen mußte. Gegen wen sollte sie klagen? Von wem sollte sie gehört werden? Ferner besaß sie dieses ungemaine Hartgefühl der Frauen, diese entzündende Schamhaftigkeit des Gefühls, die darin besteht, eine unnütze Klage nicht laut werden zu lassen, keinen Vortheil anzunehmen, wenn der Triumph den Sieger wie den Besiegten erniedrigen muß. Julie suchte dem Herrn von Niglemont ihre Befähigung und ihre eigenen Tugenden mitzutheilen und rühmte sich, das Glück, das ihm fehlte, zu genießen.

Ihre ganze weibliche Feinheit wurde bei der Schonung, die der nicht verstand, dessen Despotismus sie verewigte, aufgeboren. Auf Augenblicke war sie vom Unglücke wie berauscht, ohne Idee, ohne Zügel.

Diese so schrecklichen Kämpfe, diese inneren Zerissenheiten waren ruhmlos, diese lange anhaltenden düsteren Stimmungen waren ganz unbekannt, kein Wesen fing ihre matten Blicke, ihre in der Einsamkeit vergossenen Thränen auf.

Die Gefahren der kritischen Lage, bei der die Marquise in Folge der Umstände unmerklich angelangt war, entfüllten sich ihr an einem Abende des Monats Januar im Jahre 1820 in ihrem ganzen Ernste. Wenn zwei Gatten sich vollkommen kennen und seit lange an einander gewöhnt sind, wenn eine Frau die geringsten Geberden eines Mannes zu deuten versteht und die Gefühle und Dinge, die er ihr verbirgt, zu übersehen vermag, dann brechen oft nach vorangehenden Betrachtungen oder Beobachtungen, die theils aus Zufall, theils in vollkommener Sorglosigkeit angestellt wurden, plötzliche Lichtstrahlen hervor. Eine Frau erwacht oft plötzlich am Rande oder in der Tiefe eines Abgrundes.

(Fortsetzung folgt.)

Zimmerer ausgesperrt sind, die Bauarbeiter wie auch die Holzarbeiter mit ihren Klaffengenossen solidarisch erklärt. Mit zuversichtlichem Vertrauen sehen wir dem Ende des Kampfes entgegen.

Die Lohnkommission
der Maurer und Zimmerer.

Aus Nah und Fern.

Strafe muß sein! Der Sozialdemokratische Verein für Delitzsch und Umgegend hielt am 2. Dezember eine Mitgliederversammlung ab. Obwohl die Tagesordnung eine sehr ernste war, so nahm die Versammlung doch einen recht heiteren Abschluß. Der Polizeisekretär Fricke hatte nämlich eine frühere Mitgliederversammlung wegen Eintritts der Polizeistunde um 11 Uhr aufgelöst. Für diesmal wurde das ihm dadurch verweigert, daß die Versammlung um 1/2 11 Uhr auf zehn Minuten vertagt wurde. Die anwesenden Genossen verließen nach und nach das Lokal, bis die beiden überwachenden Beamten und der Vorsitzende allein waren. Auch Letzterer verließ fünf Minuten vor 11 Uhr das Versammlungslokal; so mußten sich die Beamten wohl oder übel selbst in Wohlgefallen auflösen.

Durch eine Briefstunde soll nach seiner Meldung des „Vol.-Anz.“ aus Christiania Frau Hansen günstige Nachrichten von ihrem Gatten, der sich bekanntlich auf einer Expedition nach dem Nordpol befindet, erhalten haben.

Standesamtliche Nachrichten

vom 1. bis 7. Dezember 1895.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

November 28. Bäckergehilfe Hans Wilhelm Schellens. 29. Brauergeselle August Higl. 30. Kantinen-Bäcker Rudolph Carl Heinrich Siehl. Geschäftsfreier Friedrich Justus Joh. Schröder. Schieferbederger Johann Heinrich Hermann Mittelstadt. Dezember 1. Fleischer Carl Klein. 2. Schuymann Ludwig Johann Joachim Busch. Schuhmacher Johann Carl Ernst Eduard Eggert. Schuhmacher Ludwig Heinrich Johann Gehr. Cigarrenarbeiter Heinrich Wilhelm Adolph Körner. 3. Arbeitsmann Friedrich Heinrich Johann Petersen genannt Lebermann, Meisof. Kassirer Otto Wilhelm Haupt, Krempeisdorf. 6. Tischlergehilfe Hermann Christian Wilhelm Abraham.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

November 25. Schlossergehilfe Johann Heinrich Friedrich Jürgen. 27. Militär-Frwalde Heinrich August Ludwig Wittmer. Arbeitsmann Wilhelm Hans Heinrich Meier. 28. Böttcher Heinrich Ludwig Johann Schwarz, Wilhelmshöhe. 30. Restaurateur Julius Eduard Zinow. Fuhrmann Johann Carl Heinrich Wölzow. Dezember 1. Musiker Johann Hinrich Friedrich Hiesfeldt, Schönbüden. Arbeitsmann Johannes Christian Heinrich Hermann Zahnde. 4. Cigarrenarbeiter Heinrich Johannes Jürgen Meile. Schmied Johann Joachim Heinrich Benett, Wilhelmshöhe. 5. Arbeitsmann Heinrich Johann Joachim Brindmann. Arbeitsmann Nikolaus Hans Heinrich Plehn.

Sterbefälle.

Dezember 1. Magdalena Maria Johanna geb. Lepin, Wittwe des Arbeitsmannes Johann Heinrich Joachim Christian Driemer, 77 J. Ein todtgeb. Knabe, V.: Töpfer Friedrich Theodor Borgwardt. Maria Margaretha Catharina geb. Brede, Ehefrau des Arbeitsmannes Friedrich Wilhelm Carl Hermann Lübeck, 50 J. 2. Ingenieur August Joachim Friedrich Wolf, 41 J. Carl Christian Heinrich Fehr, 2 J. Anna Catharina Lucia geb. Buud, Ehefrau des Sägemühl-Werführers Johann Joachim Heinrich Meit, 69 J. Kohlenträger Hans Peter Wient, 68 J. Paula Elise Dora Harms, 2 M. (Schönbüden). Gastwirth Otto Heinrich Ludwig Driehammer, 51 J. Wilhelm Heinrich Hagerstroff, 6 M. (Wilhelmshöhe). Ida Caroline Julie Johanna Lesdan genannt Müller, 2 J. 3. Catharine Marie Henrice geb. Lebermann, Ehefrau des Arbeitsmannes Johann Heinrich Christian Rumpf, 47 J. Wilhelm Carl Johannes Meyer, 1 J. 8 M. Cigarrenfabrikant Friedrich Anton Daniel Nowedder, 60 J. 4. Privatier Johann Rudolph Andree, 64 J. Paul Heinrich Fritj Solterbeck, 7 M. Anna Catharina Dorothea geb. Wolf, Wittve des Flußschiffers Nikolaus Johann Joachim Doff, 74 J. Arbeitsmann Carl Joh. Wiese, 58 J. 5. Margarethe Sophie Marie Johanna Benede, 3 J. Charlotte Catharina Hanna Laß, 87 J. Ein todtgeb. Mädchen, V.: Rittergutsbesitzer Johann Bernhard Charles Konrad Dreves. Arbeitsmann Johann Carl Christian Wagt, 78 J. 6. Schneidermeister Heinrich Fritj Johann Hansen, 67 J. 7. Otto Carl Johannes Fick, 3 M. Gustav August Emil Gale, 3 J.

Angeordnete Aufgebote.

Dezember. 2. Arbeiter Heinrich Theodor Courad Schomann und Wilhelmine Emilie Reiss. 3. Arbeiter Peter Heinrich Krohn und Luise Marie Dorothea Lau. Ingenieur Joseph Heinen und Anna Maria Hornmuth zu Heidelberg. Maurergeselle Ludwig Johann Heinrich Friedrich Rabe (Raabe) und Anna Maria Margaretha Wuff. Kaufmann Max Carl Wilhelm Schieman und Anna Maria Elisabeth Faber zu Swinemünde. 4. Lederarbeiter Carl Rudolph Gustav Franz und Marie Adamine Müller, beide zu Hamburg. Schuymann Carl August Albert Winter und Bertha Helene Agnes Stühwas zu Flensburg. Arbeiter Otto Adolf Jessat und Auguste Sawayk, beide zu Rastenburg. 6. Prokurist Johann Adolph Jakob Rittscher und Amanda Hermine Marie Auguste Cruel. Schuhmachergeselle Amand Meier und Emma Louise Sophie Popp zu Dorverl. Stellmacher August Gustav Theodor Zimmermann und Johanne Marie Friederike Schulz, beide zu Gitterberg. 7. Barbier Carl Heinrich Gustav Monica und Caroline Sophia Beckmann.

Geschließungen.

Dezember. 3. Geschäftsfreier Peter Andreas Rudolph Edmann zu Kiel und Catharina Louise Martha Dölger. Arbeiter Johann Wilhelm Heinrich Müller genannt Sievert zu Wilhelmshof und Anna Johanna Margaretha geb. Erdmann, des Arbeiters Ludwig Carl Theodor Vehnhard Wittwe. Uhmacher Johannes Carl Friedrich Kofehr und Anna Christiane Maria Schwanig. Kaufmann Samuel Meinungen zu Hagenow und Julie Gumpel. 4. Lohndiener Franz Carl Friedrich Kraug und Elise Johanna Maria Keng zu Parchim. Schriftföher August Adolph Müller und Anna Dorothea Elisabeth Renzow. 6. Arbeiter Hermann Edwin Mick und Maria Catharina Ladewig. Böttchergehilfe Friedrich Heinrich Georg Schuldt und Bertha Sophia Caroline Johanna Cillen. Arbeiter Hans Fochen Hinrich Jacobsen und Doris Louise Ottilie Friederike Margaretha Lebermann.